

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 24. November 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 136.

## Die Inseraten- und Reklamesteuer.

Es ist der Fluch der bösen Tat, in diesem Fall einer total verkehrten Finanzpolitik, daß sie fortzuehend Böses muß gebären. In dem an und für sich nur zu begreiflichen Bestreben, die Milliarden-schuldenlast des Deutschen Reichs vor Gott und der Welt in verantwortlichere und solidere Bahnen zu lenken, machen sich leider schon seit zwei Jahrzehnten die Folgen einer falschen Weichenstellung immer mehr bemerkbar. Statt daß man wie jeder vernünftige Landmann die Ernte dort einheimst, wo sie nur zu natürlich wäre: an den goldenen Äpfeln, welche das industrielle und ökonomische Schaffen des deutschen Volks an den Ästen seiner Krone zur Reife bringt, durch eine mit dem praktischen Leben Hand in Hand gehende Reichs-einkommen-, vermögens- und erbschaftssteuer, sind verantwortliche wie unerantwortliche Ratgeber an maßgebender Stelle sozusagen Tag und Nacht auf Mittel bedacht, wie den den deutschen Stamm in emsiger und unermüdlicher Arbeit nährenden Wurzeln das Wasser entzogen werden kann und ihre Bewegungsfreiheit und Ausdehnungsmöglichkeit allmählich zu unterbinden. So und nicht anders kann man die neuesten dem deutschen Reichstage vorgelegten Steuerprojekte bewerten.

Einer dieser gefährlichen. Siehe ist neben der Gas- und Elektrizitätssteuer usw. auch jene auf Inserate und Reklame.\* Wie Licht und Elektrizität dazu berufen sind, den für die gesteigerten Bedürfnisse des Lebens zu kurz gewordenen Tag zu verlängern und die unzulänglich gewordenen menschliche und elementare Kraft zu ergänzen, so sind Inserate und Reklame in heutiger Zeit unentbehrliche Faktoren des modernen Wirtschaftslebens geworden. Jeder Druck, der auf dieselben ausgeübt wird, ist darum konsequenterweise auch nichts anderes als ein Druck auf Ökonomie, Industrie, Handel und Verkehr, allgemein wie speziell. Der scheinbare momentane finanzielle Erfolg für die Reichsfinanzen aus einer solchen Belastung wird sich rächen zum Nachteile des gewerblichen Lebens, wird die negativen Erfolge einer berühmten Fahrkartensteuer in neuer, aber leider gerade für unser Gewerbe bedenklicher Auflage erscheinen lassen. Wofür uns der Beweis im nachfolgenden nicht schwer fallen wird.

Trotzdem gerade die gegenwärtige Zeit mit ihrer erschreckenden Arbeitslosigkeit nicht besonders zu einer ruhigen Betrachtung solcher Probleme geeignet ist, welche uns nur wieder neue Schwierigkeiten bereiten, wollen wir uns doch damit begnügen, zu dieser Sache nur das zu sagen, wozu uns die spezielle intime Kenntnis und Erfahrung im Buchdruckgewerbe drängt, ohne uns in besondere Einzelheiten zu verlieren.

Demnach kann es uns Gehilfen absolut nicht gleichgültig sein, woher diese dreißig Millionen Mark, welche der Regierungsentwurf nach Abzug einer Million Mark Verwaltungskosten als Ertrag der projektierten Inseraten- und Reklamesteuer berechnet, kommen sollen. Mag ruhig Herr Sydow in seiner Begründung die Anschauung vertreten, daß nur der Inseratenschuldner der Steuer

sein werde, dagegen der Verleger für die fälligen Steuerbeträge nur selbstschuldnerisch hafte, so wird aber nach alter Erfahrung das letztere in 90 von 100 Fällen allein ausschlaggebend sein, wie ja auch nach unsrer Schätzung unter Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse im Zeitungsgewerbe das Buchdruckgewerbe im allgemeinen alleiniger Selbstschuldner dieser Liebesgabe von 33 Millionen Mark sein wird.

Doch nicht nur diese rein materiellen Bedenken sind für uns maßgebend, dieser Steuervorlage ablehnend gegenüberzustehen, sondern auch die Tatsache, daß der hier vorgeschlagene Weg zur teilweise Sanierung reichsdeutscher Finanzmiserie im Grunde genommen nichts anderes bedeutet als eine Verteuerung und Beschränkung der geistigen Nahrung, direkt wie indirekt. Das bekräftigt die in dem Entwurf enthaltene Bestimmung, wonach die periodisch erscheinenden Zeitschriften, und hierzu gehören die illustrierten, die Fach-, Verbands- und Gewerkschaftsblätter und ebenso die belehrenden und wissenschaftlichen Zeitschriften, eine 10prozentige Inseraten- und eine 20prozentige Beilagensteuer zu zahlen hätten. Es ist doch eine unbestreitbare Tatsache, daß gerade die Herstellungskosten der vorstehend genannten Zeitschriften durch geistige wie technische Ausstattung diejenigen einer Tageszeitung ganz bedeutend überwiegen, daß deren Ertrag für den Herausgeber oft nicht nur verschwindend klein, sondern in vielen Fällen sogar ganz beträchtliche Zuschüsse, hauptsächlich bei den Gewerkschaftsblättern, erfordert. In solchen Fällen ist eine besondere Besteuerung geradezu Unfug zu nennen. Oder soll es vielleicht als Mittel zum Zwecke dienen, gerade die Fach-, Verbands- und Gewerkschaftsblätter, die Fahnenträger gesunden technischen wie wirtschaftlichen Fortschritts, noch besonders zu schürzeln? Und deshalb für sie die höhere Besteuerung als die eines Amtsverköndigers oder Kreisblattes?

Doch sei dem, wie ihm wolle, für uns Buchdrucker, hauptsächlich für die Inseratensetzer, bildet diese Anzeigensteuer eine sehr ernste Gefahr; denn die Einführung derselben wird entweder eine Verteuerung der Inserate und damit als Logische Folge eine Verminderung oder eine Verkürzung derselben bringen. Beides sind Umstände, welche nicht nur in ernstlicher Weise eine Besserung unsrer beruflichen Verhältnisse erschweren, sondern auch dazu geeignet sind, errungene Positionen zu erschüttern! Diese Erscheinung dürfte sich dann allerdings bei der zusammenhängenden Verfassung unsers Gewerbes nicht auf einzelne Berufsgruppen beschränken, sondern das Ganze in Mitleidenschaft ziehen. Deshalb gilt es für uns doppelt, auf dem Damme zu sein.

Solche Bedenken mögen, wenn auch jedenfalls nicht in ihrer ganzen Tragweite, den Vätern dieses Gesetzes vorgeschwebt haben. Denn in der Begründung der Regierungsvorlage werden alle die von uns vorstehend schon angedeuteten Gegenstände so schön und wortreich „widerlegt“, daß wir es uns nicht versagen können, gerade diesen Teil der Begründung unsrer Lesern nachstehend zur Kenntnis zu bringen:

Von den gegen die Inseratensteuer angeführten Gründen treffen für den vorliegenden Gesetzentwurf zunächst alle diejenigen nicht zu, welche in der Inseraten-

steuer eine Art Zeitungssteuer oder doch eine besondere Belastung der Presse erblicken und von ihr deshalb eine Schädigung oder Verteuerung der Volksbildung befürchten. Es ist in dem Entwurf ausdrücklich ausgesprochen, daß die Steuer von dem Anzeigenden und nicht von dem Anzeigeblatte zu entrichten ist, und außerdem vorgesehen, den Verleger für die mit der Einziehung der Steuer verbundenen Unkosten zu entschädigen. Die Inseratensteuer belastet auch nicht Erzeugnisse geistiger Tätigkeit wie die Zeitungssteuer; das Inserat ist kein Bildungsmittel. Das Annoncen- und Reklamewesen hat überhaupt mit dem, was unter dem Namen „Presse“ verstanden wird, urfänglich nichts zu tun, sondern ist eine durchaus selbständige Erscheinung, die nur von geschäftsmännlicher Seite aus mit der politischen und Fachpresse verbunden wird. Die Inseratensteuer könnte also einen Einfluß auf die Presse nur insofern haben, als diese jetzt aus den Einnahmen für Anzeigen auch die Kosten des eigentlichen Nachrichtenteils mit bestreitet, und bei einem Rückgange dieser Einnahmen nach ihrer Behauptung genötigt sein würde, den Nachrichtenteil nach Umfang oder Güte einzuschränken oder aber den Bezugspreis der Zeitung zu erhöhen. Diese Folgen werden aber nicht eintreten, da bei der Steuererlägung des Entwurfs eine Abnahme der Anzeigetätigkeit überhaupt nicht zu erwarten ist, aber doch nur so unerheblich und vorübergehend, daß sie die wirtschaftlichen Grundlagen der Anzeigebätter nicht beeinflussen wird. Für die kleinen Anzeigen, soweit sie nicht nach dem Entwurf überhaupt steuerfrei sind, ist die Steuer so geringfügig, daß sie nicht vom Anzeigenden abhalten wird. Die großen Geschäfte aber werden ihre umfangreiche Reklame infolge der Steuer ebensovienig aufgeben oder nennenswert einschränken, als sie dies infolge der beträchtlichen Steigerung der Einrückungsgebühren getan haben, die im Laufe der Zeit bei einer großen Anzahl von Anzeigebättern eingetreten ist. Die Anzeigensteuer wird ebenso wie die Einrückungsgebühr bei den Geschäftskosten verrechnet werden, und den Absatz der Waren, für die eine umfangreiche und kostspielige Reklame sich als nutzbringend erwiesen hat, nicht einschränken.

Wenn jemals ein schärferer Kontrast zwischen Theorie und Praxis festgestellt werden konnte, so jedenfalls gewiß nur der, der in dieser Regierungsbegründung gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen des praktischen Lebens zutage tritt. Da es für unsre Leser sehr leicht ist, sich darüber einen Vers zu machen, wollen wir von einer fachgemäßen Zergliederung dieser Irrungen Abstand nehmen, ohne jedoch darauf zu verzichten, einige andre bemerkenswerten Widerlegungen obiger „Begründung“ aus dem Reste der eigentlichen Begründung selbst zur praktischen Gegenüberstellung festzuhalten. So heißt es z. B., „daß eine Abnahme der Anzeigetätigkeit überhaupt nicht zu erwarten ist“; ungefähr hundert Zeilen weiter ist aber dem Verfasser der Begründung folgende, wohl nicht reichlich überlegte Selbstwiderlegung entschlüpft:

Da eine verständige Benutzung des Inserats nur so weit reichen kann, als ein zu dem Aufwand an Kosten in angemessenem Verhältnisse stehender durchschnittlicher Erfolg erwartet wird, so regelt der letztere ohne weiteres auch das Maß einer auf einen Bruchteil der Einrückungsgebühr bemessenen Steuer.

Das heißt doch auf gut Deutsch nichts anderes, als daß wie bisher die verständige Benutzung des Inserats und sein Erfolg den Ausgabenposten des Inserenten dafür regulierte, dieser Posten auch in Zukunft entsprechend dem Erfolge nicht ohne weiteres erhöht werden kann; ergo trägt nur der Zeitungsverleger und nicht der Inserent die Kosten der Inseratensteuer. Oder es müßte sich denn über Nacht der Inseratensteuer zuliebe der Erfolg der Inserate mindestens um den Betrag der Steuer ganz ergebenst gehoben haben.

\* Sgl. auch unsere diesbezüglicher näheren Erläuterungen unter „Rundschau“ in Nr. 129 des „Korr.“

Ferner heißt es an einer andren Stelle der Begründung:

Eine Gewerbesteuer liegt nicht vor, weil kein Zwang zum Inszerieren besteht, und deshalb jeder in der Lage ist, sich der Steuer zu entziehen oder ihren Betrag durch den Umfang seiner Anzeige selbst zu bemessen.

Allerdings besteht kein Zwang zum Inszerieren, und deshalb ist es nur um so vernünftiger, eine Inseratensteuer als Pflicht des Inszerenten einzuführen! Auch die Familienanzeige ist so ein Ding nach der obrigkeitlichen Begründung, welches seiner Natur nach nur selten veröffentlicht wird:

und bei einem andren Teile haben es die Verteiligen auch in der Hand, den Umfang der Anzeigen und damit den Betrag der Steuer selbst zu bemessen.

Von einer Beschränkung der Anzeigebetätigung durch die Inseratensteuer kann demnach absolut keine Rede sein —? Desto mehr aber jedenfalls von der Wahrheit der bekannten Worte des berühmten Staatsmanns Ogensterna, dessen Meinung in diesem Fall auch die unsrige ist.

Es wäre zum Lachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Aber das Ganze liegt noch tiefer. Weil man nicht nur halbe Arbeit machen will, sondern aufs Ganze bedacht ist, so würde ja der Schlußstein fehlen, wenn für die unerlässliche Notwendigkeit der Vertiefung dieser Steuer nicht die eiserne Konsequenz gefunden worden wäre daß:

eine Besteuerung der öffentlichen Ankündigungen in den verschiedenen Formen der Plakate und Affischen aber auch schon im Interesse der Presse geboten ist. Denn wenn solche Ankündigungen frei blieben, würde die Reklame sich zum Teil aus den Zeitungen und Zeitungschriften zurückziehen und den Weg der öffentlichen Ausstellung, des Anschlags usw. wählen.

Logisch, folgerichtig und selbstverständlich ist es deshalb, auch die Plakate, Affischen usw. einer Sonderbesteuerung zu unterwerfen, denn wie bei den Inseraten besteht ja auch für diese Art der Reklame kein Zwang, und derjenige, der glaubt, ohne dies nicht auskommen zu können, der hat es ja ebenfalls in der Hand, Raum und Art derselben in jenem Rahmen zu halten, daß die Besteuerung seiner Strohfabrik für ihn gegenstandslos wird. Das ist so unerschütterlich nachweisbar, wie es eine unumstößliche Tatsache ist, daß die ganze Inseraten- und Reklamesteuer für das Zeitungs- und Buchdruckergewerbe eine indirekte Sondergewerbesteuer und damit ungerechte Belastung darstellt, wie sie krasser und nachteiliger nicht gut denkbar ist.

Auf all die Schwierigkeiten, welche sich der praktischen Durchführung eines solchen Steuermonstrums allein schon in technischer wie geschäftlicher Beziehung entgegenstellen werden, wollen wir hier gar nicht eingehen. Nur auf eins wollen wir noch hinweisen. Trotz der in dieser Vorlage zahlreich vorhandenen theoretischen wie praktischen Schwächen weist doch eine ganze Reihe von Momenten darauf hin, daß zum Aufbau des Projekts unbekannt Ratgeber aus den Kreisen der zu schröpfenden Gewerbe selbst Handlangerdienste geleistet haben und dadurch der ganzen Sache sozusagen ein geradezu peinlich abstoßender Charakter aufgeprägt ist. Diese bedauerliche Erscheinung kann nach wirklicher Sachlage allerdings nicht dazu beitragen, dem Projekt eine besondere Lebensfähigkeit zu sichern, aber bezeichnend dafür ist es immerhin, wie mannigfaltig die Bestrebungen aufgefaßt werden, eigenen Grund und Boden „ertragreicher“ zu gestalten. Solche geheime Kräfte waren schon früher beim Aufbau anderer für die Presse bestimmten Gesetze in unverantwortlicher Weise im Spiel. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß solche Ratgeber endlich einmal entlarvt werden könnten, abgesehen davon, daß eine in gerechter Weise auch für das moralische Volkswohl bedachte Regierung es als unwürdig von sich weisen sollte, auf verdeckten Wegen ihr Ziel zu erreichen.

Alles in allem genommen, können wir bei der Beurteilung dieser neuen Steuervorlagen nur eine neue Gefahr für eine bessere Entwicklung unsers Gewerbes erblicken, was uns die Pflicht auferlegt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln öffentlich sowie durch Stellungnahme in den Versammlungen die maßgebenden Kreise davon zu überzeugen, daß dieser

Entwurf nur zum Schaden unsers Gewerbes Gesezt werden könnte und nichts andres darstellt als eine ungerechte Belastung, eine Sondersteuer, deren Konsequenz eine ernste Gefährdung jeglichen gewerblichen Aufwärtzringens bildet. Wogegen wir Buchdrucker aus ethischen wie materiellen Gründen entschieden zu protestierenden gezwungen sind!

## Wo sind die ekelhaften Gesellen?

In der ersten Rundschau notiz in Nr. 131 des „Korr.“ belächeln Sie es in der Ihnen eignen liebenswürdigen Weise, uns mit dem geschmackvollen Titel „Ekelhafte Gesellen“ zu belegen, eine Bezeichnung, die man sonst nur für gewisse heruntergekommene gemeine Subjekte anwendet. Die gegen uns erhobenen Beschimpfungen sind um so verwerflicher und so niedriger Natur, als darin auch nicht der leiseste Versuch unternommen wird, den Kern der Sache zu berühren. In diesem Falle würden Sie ja auch um den Effekt Ihrer schon mehr krankhaften Schimpferei gebracht worden sein. Worin bestand nun das Verbrechen, das für Sie Veranlassung genug war, uns in einer so niederträchtigen Weise zu beschimpfen? Die Redaktion der „Weimariischen Volkszeitung“ nahm in einer längeren Polemik mit das freisinnige „Jenaer Volksblatt“, dessen Verleger und Redakteure Verbandsmitglieder sind, Veranlassung, diesen nachzuweisen, daß ihr positives Eintreten im „Jenaer Volksblatt“ zugunsten der gegnerischen Organisationen und somit gegen die freien Gewerkschaften einen Verstoß gegen die Verbandsprinzipien bedeutet und daß diese Leute somit einen Schandfleck an der Organisation bildeten. Nachdem der Vorstand des höchsten Ortsvereins gegen die Redaktion ein großes Respektreiben veranlassen zu müssen glaubte, legte auch Kollege Günther in einem durchaus sachlich gehaltenen Artikel, den auch die Redaktion unterschrieb, dar, daß Leute, die nachweislich im Dienste der gegnerischen Gewerkschaften stehen, einen Schandfleck in einer modernen Organisation bilden müssen. Mit keiner Silbe hat man dies bis heute zu entkräften vermocht, ja hat einmal den Versuch unternommen. Selbst in der letzten Ortsvereinsversammlung schwiegen die davon Betroffenen; sie versteckten sich vielmehr hinter die schützenden Fittiche der „Korr.“-Redaktion, die entgegen allen journalistischen Gepflogenheiten lediglich auf Grund einseitiger Mitteilung uns nummehr der öffentlichen Verachtung preisgegeben für notwendig hielt.

Einseitige Mitteilungen dürften, wenigstens unserer Meinung nach, unter keinen Umständen für eine anständige Redaktion Veranlassung sein. Verbandskollegen, die in gewerkschaftlicher Beziehung mehr als ihre Pflicht erfüllen wollen, und die nichts weiter als in nicht unüblicher Weise der Sache ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht haben, in den Schmutz zu treten. Möge es unsern wegen so weiter geschieden. Gegen herartige Vergewaltigungen anzukämpfen, müssen wir uns vertragen. Eines der vielen Leitmotive der „Korr.“-Redaktion ist bekanntlich: „Ausprechen, was ist“. Indem wir das getan haben, schmeicheln wir uns, uns in der angenehmen Gesellschaft der „Korr.“-Redaktion zu befinden, was jede Nummer zeigt. Wir gestatten uns, nur darauf hinzuweisen, daß die „Korr.“-Redaktion mehr wie einmal Veranlassung nahm, Kollegen, die für die christlichen Gewerkschaften agitierten, darauf hinzuweisen, daß für sie kein Raum im Verband ist. Etwas andres wollten auch wir nicht sagen.

Durch die Bemerkung „Ekelhafte Gesellen“, wodurch wir schon von vornherein verfermt sind, glauben wir annehmen zu können, daß uns in „Korr.“ kein Raum zur Verfügung gestellt wird, um auf Grund des vorhandenen Materials unsere Stellungnahme sachlich und eingehend begründen zu können. Uns scheint, daß Sie dies durch jene gemeine Beschimpfung von vornherein verhindern wollten. Wir appellieren trotz alledem an die Kollegen im Verbands, die sich noch Objektivität genug bewahrt haben, um entscheiden zu können, in welchem Lager die ekelhaften Gesellen zu suchen sind. Um das Urteil dieser Kollegen langt uns nicht!

Jena, 12. November 1908.  
Redaktion der „Weimariischen Volkszeitung“:  
Georg Pfeuffer, Wilh. Haber.  
Otto Günther, Arbeitersekretär.

Aus diesem Ragout nicht von Gemein, sondern von Gemeinheitsplätzen erhellt zunächst die schon so oft bei vom simplen Buchdrucker zum Parteiredakteur oder Volksblutparteiorganen hinübergewechselten Verbandsmitgliedern wahrgenommene Erscheinung, daß sie päpstlicher als der Papst und radikaler als die strengsten Bekenner des marxistischen Glaubens werden. „Durch Festigkeit ersetzt der Trennung, was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt“, dieses Goethe'sche Wort erprobt seine Richtigkeit an Leuten wie Pfeuffer und Günther immer von neuem. Die dritte Fierde des Kleeblatts ist uns gänzlich unbekannt. Gehen wir also zur Tagesordnung über mit dem Bemerkten an die beiden ersteren, daß wir mit ihnen über Instanz und gute journalistische Gepflogenheiten dann diskutieren werden, wenn sie erst die journalistischen Eigenschaften los geworden resp. die auf der Parteischule genossene Wissenschaft besser verdaut haben. So wie jetzt imponieren uns diese temperamentvollen Gadenbeißer, die das Gras wachsen und die Fische hinken hören, die, wie mancher vor ihnen schon, den traurigen Gang in sich verspüren, zu bespeien, was sie gestern noch gelüßt,

und zu küssen, was sie gestern noch bespeien haben, absolut nicht. Weder mit ihren Schimpffanonen, noch als glorreiche Bezwingen der kapitalistischen Welt.

„Im Dienste der gegnerischen Gewerkschaften stehen“ und „für die christlichen Gewerkschaften agitieren“ sollen also die Verbandsmitglieder und Kollegen Wopelius und Wolf in Jena. Das behauptet die heilige Dreieinigkeit „auf Grund des vorhandenen Materials“, bezeichnet die genannten beiden, die auf eine lange, mit Ehren bestandene Mitgliedschaft im Verband zurückzublicken vermögen, deshalb als „einen Schandfleck an der Organisation“ und erklärt peremptorisch, daß „für sie kein Raum im Verband ist“.

Das geschah und geschieht aber nicht etwa in einer Versammlung des Ortsvereins Jena unrer Organisation, der zuständigen Stelle, sondern in der „Weimariischen Volkszeitung“ in hochanständigen Polemiken und einem „durchaus sachlich gehaltenen Artikel“. Dort ist das Terrain der Verbandsmitglieder Pfeuffer und Günther, dort feiert man seine Siege, weil unbedequate Tatsachen, wie die Erklärung des Ortsvorstandes Jena zugunsten der Kollegen Wopelius und Wolf, einfach unterdrückt und mit auf Untergrabung der Autorität des Vorstandes berechneten Briefkastennotizen abgetan werden. In der Versammlung des Ortsvereins aber, die zum Tribunal für Pfeuffer und Günther wurde, hielt man sich in geheimnisvollem Schweigen und rafft sich dann, als vor allen Seiten bedrängt, nur zu den dunklen Worten auf, man werde sein Pulver nicht in der Versammlung verschütten, welche erhabene Pfeuffer'sche Taktik mit allgemeinem Hohngelächter quittiert wurde. In obiger Umschrift an uns aber wird gesagt, daß die Betroffenen (Wopelius, Verleger; Wolf, Redakteur; und Müller, Lokalberichterstatter und Expedient des „Jenaer Volksblatt“) nicht einmal einen Versuch zur Entkräftung der erhobenen Vorwürfe gemacht, sondern sich hinter den schützenden Fittichen der Redaktion des „Korr.“ versteckt hätten. Wir haben jedoch lediglich in einer kurzen Notiz in Nr. 128 davon Kenntnis gegeben, daß der Vorstand des Ortsvereins Jena in einer öffentlich erlassenen (son der „Weimariischen Volkszeitung“ allerdings nicht gebrachten) Erklärung für den „Schandfleck“ eintrat: „Wir schäme die Angegriffenen nach wie vor als verdiente Mitglieder unrer Organisation“. Das und die in Nr. 131 erfolgte Richtigstellung, daß nicht der Parteisekretär Leber, sondern die Verbandsmitglieder Pfeuffer und Günther die gekennzeichneten Unpöbelungen auf dem Gewissen haben, ist unsere ganze „Mitwirkung“ in dem Jenaer zeit- und parteigenössigen Schauspiel. Die Angegriffenen schwiegen vielmehr, weil andre Kollegen genügend für sie und gegen Pfeuffer und Günther, die eigentlichen Angeklagten, sprachen, die jedoch den besten Teil der Tapferkeit erwählten, d. h. schwiegen, aber mit geheimnisvollen Andeutungen ihre Verlegenheit zu beschreiben suchten. Den Beweis für ihre allgemein gehaltenen Beschuldigungen! Diesen sie also gerade an der Stelle schuldig, die am geeignetsten und in erster Linie kompetent gewesen wäre zur Beseitigung des Jenaer Schandflecks an unsrer Organisation. Nachdem die zum 5. November einberufene außerordentliche und auch außerordentlich gut besuchte Versammlung des Ortsvereins Jena die Sachlage eingehend geprüft, wurde gegen vier Stimmen und bei mehreren Stimmenthaltungungen sodann eine Resolution angenommen, die es auf das entscheidendste verurteilt,

wenn der Redakteur Kollege Pfeuffer in einer Briefkastennotiz der „Weimariischen Volkszeitung“ den Vorstand in einer unanständigen, geradezu pöbelhaften Weise beleidigt. Vor allen Dingen protestiert die Versammlung gegen den gänzlich aus der Luft gegriffenen und in echt demagogischer Weise erhobenen Vorwurf des Mißbrauchs seiner Namensunterschrift. Des weitern erklärt sich die Versammlung mit der vom Vorstand erlassenen Erklärung voll und ganz einverstanden.

Die Jenaer Kollegen stellten sich also nicht nur auf die Seite ihres Vorstandes, sondern auch auf die des „Schandflecks“. Von diesem herrlichen Siege der starken Männer Pfeuffer und Günther, die mit eisernen Fäusten in dem Ortsvereine Jena und damit zugleich auch im Verbands lehren wollten, enthält vorstehend abgedruckte Erklärung der Unschuldskammer natürlich kein Wort.

Zum richtigen Verständnis der Jenaer Affäre noch einige Ausführungen. Das dem Mitgliede Wopelius gehörige „Jenaer Volksblatt“ ist linksfreisinniger Tendenz und diente bis zu der vor zwei Jahren erfolgten Gründung der sozialdemokratischen „Weimariischen Volkszeitung“ allen gewerkschaftlichen Richtungen als Insertions- und Publikationsorgan. Die Arbeitererschaft Jenas muß mit dem Volksblatte ganz gut gefahren sein, denn das Gewerkschaftskartell beschloß seinerzeit, bei wichtigen Anlässen auch ferner in „Jenaer Volksblatt“ zu inserieren. Wenn das nicht geschah, so nur, weil von Parteiseite für das eigne Organ eine kräftige Agitation entfaltet wurde. Prinzipielle Bedenken gegen die Benutzung des „Jenaer Volksblatt“ kamen nicht in Frage. Die in Jena etwa mit 200 Mann vertretenen Kirch- und Arbeitervereine benutzten aber das „Jenaer Volksblatt“ weiter als Insertionsorgan, auch fanden ihre Berichte Aufnahme; doch wurde darauf gesehen, daß sie nicht polemisch gefärbt waren. Die christlichen Gewerkschaften gebürdet zu haben, ist ein Vorwurf, der noch haltbarer ist. Die erklärten nämlich in Jena gar nicht. In einer „Soziales und Arbeiterbewegung“ betitelten Rubrik wird von Organisationsbestrebungen dieser Richtung in andren thüringischen Erten lediglich referierend Kenntnis gegeben. Die „christliche“ Organisation Gutenbergbund

find indes direkte Bekämpfung, während den freien Gewerkschaften die ihrer Bedeutung nach entsprechende Würdigung zuteil wurde und wird. Seiner Meinung über die Zersplitterung der Arbeiterklasse hat das „Jenaer Volksblatt“ wiederholt unter Bedauern und mit dem Hinweis auf das in dieser Beziehung nachahmenswerte Beispiel der Unternehmer Ausdruck gegeben. Trotzdem sich die freien Gewerkschaften aus dem schon erwähnten Grunde von dem „Jenaer Volksblatt“ zurückgezogen haben, blieb dessen Stellung zu ihnen die alte. Die freien Organisationen haben früher nichts an der Haltung des Volksblattes in gewerkschaftlichen Fragen — der gleichen wie heute noch — auszusagen gehabt, und würden auch jetzt dazu keine Veranlassung finden, wenn es im hohen Maße von Pfeuffer, Günther, Weber usw. nicht anders beschloßen wäre. So also stehen unsere Mitglieder Wopelius, Wolf und Müller „im Dienste der gegnerischen Gewerkschaften“ — „nachweislich“ sogar! Deshalb sind sie schlimmere Sünder als solche Mitglieder, die für die christlichen Gewerkschaften agitieren, indem sie sich zu deren Wahlzwecken gebrauchen lassen, und darum ist für erstere „kein Raum im Verbande“ mehr. Es ist zum Schreien, wenn zu derartigen Mitteln der blanke Konkurrenzneid seine Zuflucht nehmen muß.

Man hat den Kollegen Adolf Wolf, den früheren Bezirks- und Kartellvorsitzenden von Jena, der nebenamtlich auch eine Auktionsstelle — wenn wir nicht irren, eine uneigennütige Einrichtung des „Jenaer Volksblatt“ — versah (aus der das jegliche Arbeitersekretariat hervorging), aus der sozialdemokratischen Partei aus denselben niedrigen Motiven herausgegrault, nun sollte es ihm sowie Wopelius und Müller als Verbandsmitglied an den Kragen gehen. Hier machte man aber auch in Jena die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die Buchdrucker. Die Jenaer Kollegen haben diese Herren gründlich heimgeleuchtet, und wir charakterisierten ihr Gebaren als das, was es ist: ekelhaft! Was hiermit nochmals geschehen sein soll. Redaktion des „Korr.“

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Die letzte Versammlung des Berliner Vereins am 12. November, welche wie gewöhnlich im „Gewerkschaftshaus“ stattfinden sollte, mußte vom Gauvorstand nach einem großen Lokale, der „Neuen Welt“, verlegt werden, weil durch die Stellungnahme des Verbandsvorsitzenden und einiger Städte zu dem „Post“-Fischer-Prozess es zur Notwendigkeit wurde, daß auch — Berlin sprach. Diesem Rufe des Gauvorstandes waren etwa 5000 Kollegen gefolgt, die den großen Saal einschließlich der Galerien bis auf den letzten Nagel füllten. Die Tagesordnung wies die drei Punkte auf: 1. Vereinsmitteilungen, 2. Abrechnung vom „Geitern/Abend“, und 3. Fragekasten. Unter „Vereinsmitteilungen“ referierte der Vorsitzende Massini über das Thema: „Die soziale Stellungnahme der „Vorwärts“-Redaktion gegen Reghäuser ein Kampf gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker“. Einleitend wies Massini darauf hin, daß er sich nur mit der Person Reghäuser in Verbindung mit dem Gerichtsbericht im „Vorwärts“ beschäftigt und die Angelegenheit der „Vorwärts“-Druckerei in Sachen Mussial-Mahlö völlig ausschalten werde, die nachher besprochen werden könne. Sodann ernahte er die Versammlung zur größten Ruhe, denn es sei für ihn selbst eine unangenehme Sache; aber als objektiver Mann müsse er die Wahrheit sagen. Wer dem, was er sage, nicht zustimmen kann, möge nachher Unlaß nehmen, ihn zu widerlegen, und ebenso auch bei jedem andern Redner verfahren. Zu seinem Referat kommend, betonte der Redner zunächst, daß es dem Gauvorstand unangenehm sei, die Kollegen in so großer Zahl an einem Wochentagabend zusammenzurufen, um zu einer Frage Stellung zu nehmen, die besser von der in der kommenden Woche stattfindenden Gauvorstandesversammlung zur Erledigung gebracht worden wäre. Aber durch die Lattiz des „Korr.“ und dadurch, daß einzelne Städte bereits Resolutionen angenommen haben, wären auch wir gezwungen, uns mit der Sache zu beschäftigen. Durch die Artikel im „Korr.“ sei die ganze Frage auf ein andres Gleis geschoben. Er wäre der letzte, der zugeben würde, daß die Partei unsern Verband bekämpft und würde auch im gegebenen Augenblicke dies zurückweisen, aber es handelt sich auch gar nicht um einen Kampf zwischen der Partei und unserm Verbande, sondern um etwas ganz andres. Man kann es verstehen, und es sei sogar selbstverständlich, daß der Geschäftsführer, welchem der Vorwurf der Bestechlichkeit gemacht wurde, alles in Bewegung setzt, um sich von diesem Vorwurfe zu reinigen. Er würde, wenn man ihm als Vorsitzenden diesen Vorwurf machte, ebenso handeln, denn es sei der schwerste Vorwurf, der erhoben werden könne. Fischer hat nun getan, was er tun konnte, um seine angegriffene Ehre wieder herzustellen. Er hat gegen die Redaktion der „Post“ Klage erhoben. Der Angeklagte hat erklärt, nachdem die Maschinenfabrikanten und Papierlieferanten negativ ausgesagt hatten, daß er dennoch den Wahrheitsbeweis antreten würde. Zu diesem Zwecke hat man frühere Jahrgänge des „Korr.“ durchstöbert und inspektierte gar nicht unrichtig, daß man vielleicht durch Ladung dieser Personen etwas herausbekommen könne, wenn die Zeugen unter dem Tode stehen. Nicht der „Vorwärts“, sondern die „Post“ hatte uns vorgeladen. Während es für einen Teil dieser Zeugen leicht war, glaubhaft zu machen, daß sie von der ganzen Sache nichts wußten, lag es für einige jedoch anders. Die Zeugen Mussial und Mahlö scheiden für Massini völlig aus, denn für

ihn handle es sich lediglich um den Artikel Reghäuser: „Ein Blick in den Zukunftsstaat“, den die „Post“ als Unterlage benutzt hat. Es ist nun erklärt worden, daß der Bericht über jene Gerichtsverhandlung demagogisch und tendenziös gefärbt sei. Das erkläre er für eine Unwahrheit. Er selbst habe einem großen Teile des Prozesses beigewohnt, und ebenso hat auch Kollege Mussial dem Vorsitzenden des Maschinenvereins, Kollegen Braun, welcher zugleich Mitglied des Gauvorstandes ist, gegenüber erklärt, daß der Bericht im „Vorwärts“ Wort für Wort stimmt. Aus diesem Grunde liege für ihn kein Grund vor, an der Richtigkeit zu zweifeln. Die Gerichtsberichte über wichtigere Prozesse werden übrigens nicht von der „Vorwärts“-Redaktion hergestellt, sondern von einer zuverlässigen Korrespondenz geliefert, enthalten somit auch keine demagogischen Kniffe. Der angeklagte „Post“-Redakteur wollte im Prozesse beweisen, daß Fischer bestechlich sei, denn der Streit über das Kontrollsystem, um welches es sich vor etwa vier Jahren für die Maschinenzeher handelte, war dem Angeklagten gleichgültig, sondern er klammerte sich daran, daß Fischer eine bestechliche Seele sei. Zu diesem Zwecke verlas der Redner die folgende Stelle aus dem erwähnten Artikel: „Von einem andren Kollegen wurde uns dieser Tage mit Namensangabe geschrieben: Lassen Sie sich durch die „Vorwärts“-Artikel nicht stören! Theorie und Praxis ist da zweierlei. Die Maschinenmeister erhalten schlechtes Papier und 2. V. 1000 Mk. für guten Papierabschluß extra. Ja, Bauer, das ist ganz etwas andres.“ (Zurufe!) Das war die Stelle, wo die „Post“ glaubte, Fischer treffen zu können, wo er sterblich ist. Allerdings war in der Notiz kein Name genannt, aber in dem Artikel kam der Name Fischer etwa 20 bis 25 mal vor. Es lag da nichts näher, als daß Fischer damit gemeint sei. Redner bedauerte, daß Reghäuser in dem Termine so ungeschickt aufgetreten sei. Unbegreiflich sei es, wie er sagen konnte: „Aus diesem Hase gegen Fischer habe ich nicht erklären können, daß er nicht gemeint sei.“ Das sei unüberlegt, er wolle nicht sagen: böswillig gehandelt. (Zurufe.) Nachdem der Vorsitzende unserm Redakteur seine Aussage vorgehalten, erklärte er nach längerem Sträuben, der Oberfaktor Rahn sei damit gemeint gewesen. Reghäuser mußte wissen, daß Rahn im vorigen Termin unter seinem Eid ausgesagt hatte, er sei weder von der Geschäftsleitung noch von jemand anders beauftragt. Rahn konnte ja nicht wissen, wie Reghäuser ausfragen würde, und erfuhr erst durch die „V. Z. am Mittag“ davon. Der Redner schilderte nun ausführlich die Schritte, welche Rahn unternommen hatte, um Reghäuser darüber zur Rede zu stellen. Er war vergeblich nach dem Verbandsvorstandsbureau gegangen, weil Reghäuser noch nicht dort war. Erhielt aber die Zusage, daß er telephonisch mit ihm verhandeln würde. Das Gespräch hat stattgefunden und eine Verichtigung wurde in Aussicht gestellt, die ein Opte abholen sollte; aber Reghäuser hätte ohne dies zur Zeit nach Weizsig gefahren. Bis heute ist nun eine Verichtigung in dem genannten Blatte nicht erschienen. Nun weiß Massini wohl aus einer Briefkastennotiz, daß eine solche eingelangt sein soll, aber nicht gebracht ist. Von unserm Redakteur aber muß man erwarten, daß er der Verichtigung eine Form gibt, daß dieselbe abgedruckt werden muß. Aber warum hat er, nachdem es die „V. Z. am Mittag“ nicht getan hat, nicht eine Erklärung im „Korr.“ gebracht und damit getan, was seine und des andren Mannes Ehre erfordert hatte, weil doch bewiesen war, daß Rahn von keiner Seite etwas erhalten hat, auch niemals eine Zulage vom Geschäft aus. Den in der „Korr.“-Notiz angeführten Gründen? Das hätte er tun müssen einem Kollegen zu Liebe, der seit seiner Jugend Verbandsmitglied ist und stets seinen Mann gestanden hat. Jeder Ehrenmann würde so gehandelt haben. Woher stammt nun die Notiz? Es war eine Karte mit Schreibmaschinen-Schrift, die den Namen „Beder“ als Unterschrift enthielt. Wer dieser Beder ist, weiß niemand. Vielleicht ein Gutenbergbüchler oder sonst jemand, der irreführen wollte. Reghäuser hätte sich sagen müssen, daß er solche halb-anonyme Notiz nicht aufnehmen darf. Solche Karte gehört einfach in den Papierkorb, denn Redner verkehrt nicht mit Subjekten, die schließlich unter andren Namen schreiben. Am allerwenigsten darf man davon öffentlich Gebrauch machen, auch unser Redakteur nicht. Dieses Verhalten Reghäuser's könne nur von intensiven Hass gegen die Sozialdemokratie diktiert sein. (Langanhaltender Beifall.) Sein Haß gegen die Partei läßt es nicht zu, vor Gericht zu sagen, ich habe Fischer nicht gemeint, oder zu erklären, ich bin mystifiziert worden. (Viele Zurufe, die der Vorsitzende sich verbitte.) Das ist der springende Punkt und so ist der Sachverhalt. Und nun kommt man her und sucht die Sache so zu verschieben, daß es ein Kampf gegen den Buchdruckerverband sein soll! Nein, es ist ein Kampf gegen Personen, die andre Leute nicht so behandeln, wie es ein aufständiger Mensch tun muß. Das ist die Wahrheit. Aber er verurteilt andererseits auch jene hundsgemeine Briefkastennotiz im „Vorwärts“, ebenso vermahnen wir uns gegen die „Weizsiger Volkszeitung“, welche Reghäuser den größten Schuft des Landes nennt. Welche Gemeinheiten gehen wir überall vor. Er, Massini, bedaure die Zeit, die wir mit der Sache verträdeln müssen, wir haben doch wahrhaft wichtigeres zu tun in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise. Von der immer größer werdenden kapitalistischen Ausnutzung aller Maschinen zum Schaden der Arbeiter vernehme man keine Zeile im „Korr.“. Wie stellen wir uns zur Verkürzung der Arbeitszeit bei dem ungeheuer hohen Stande der Arbeitslosigkeit? und wie tragen wir zur Abänderung der Verhältnisse dieser Armen bei? wären

doch dankbare Thematata im „Korr.“. Aber wir schreiben nur immer über Neutralität und nochmals Neutralität. Laß diese Art werden wir zu Sbioten erzogen und das lassen wir uns nicht länger gefallen. Wir verlangen, daß der Redakteur zu den Tagesfragen Stellung nimmt und nicht Zwitterarbeit füt. Der Gauvorstand hat eine Resolution ausgearbeitet, die er bitte anzunehmen; von einer schärferen möge man absehen, denn wir wollen keine Sittentrücker sein, sondern nur für die Wahrheit stimmen. Stimmen wir dafür, so wird uns die Wahrheit frei machen. Massini verlas folgende Resolution: „Die am 12. November in der „Neuen Welt“ tagende Vereinsversammlung hat sich in eingehender Beratung mit dem Streite Reghäuser kontra „Vorwärts“ beschäftigt und bringt über die Angelegenheit folgenden zum Ausdruck: Die von der „Vorwärts“-Redaktion gegen Kollegen Reghäuser gerichteten Angriffe beredigen in keiner Weise, die Besaupung aufzustellen, daß sie gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker gerichtet sind. Würde auch nur eine Spur von Beweis dafür zu erbringen sein, so würde der Berliner Gauvorstand sofort mit aller Entschiedenheit dagegen Front gemacht haben. Lediglich der aus dem Prozesse Fischer kontra „Post“ im „Vorwärts“ wiedergegebenen Gerichtsverhandlung — an deren vollinhaltlicher Wahrheit wir keinen Anlaß zu zweifeln haben — entspringt die zwischen der „Vorwärts“- und der „Korr.“-Redaktion von gegenseitigen persönlichen Haß erfüllte Polemik, die weder dem Ansehen der Partei, noch dem des Verbandes der Deutschen Buchdrucker förderlich sein kann. Die Generalkommission wolle hier die unparteiische, berufene Vertreterin, den Streit zu schlichten und für die Folge dafür zu sorgen, daß ähnliche gegenseitige Anrempelungen vermieden werden. Die Versammlung hält es aber eines Redakteurs für unmöglich, unkontrollierbare Einsendungen zu persönlichen Angriffen zu benutzen und verlangt mit aller Entschiedenheit von den Verbandsinstanzen, Vor-sorge zu treffen, daß derartige Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich sind. Ebenso protestieren wir aber auch gegen die schimpfliche Briefkastennotiz im „Vorwärts“ und gegen die pöbelhaften Ausbrüche der „V. Z.“ gegen Reghäuser, deren sich eine Arbeiterpresse unter keinen Umständen bedienen darf.“ Aus der nun einjehenden Diskussion soll nur das wichtigste Erwähnung finden, da ein Teil der Redner sich in Wiederholungen erging. John (Redakteur vom „Vorwärts“) hätte sich nicht zum Wort gemeldet, wenn Massini nicht die irrige Meinung ausgesprochen hätte, daß die Briefkastennotiz über die Bilder von Reghäuser, Mussial und Mahlö fingiert sei. Er habe sich das Manuskript zeigen lassen und gesehen, daß es eine ernstgemeinte Anfrage war, die ernst beantwortet war. Der „Vorwärts“ arbeite nicht mit Briefkastennotizen wie der „Korr.“. Aus diesem Grunde bitte er diesen Passus aus der Resolution zu entfernen. (Dem Redner wurde später mehrfach zur Antwort, daß niemand gezwungen habe, daß tatsächlich eine Anfrage vorgelegt, aber ein „Einiges“ „Mein“ hätte für den Fragesteller genügt.) John benutzte die Gelegenheit, daß er sich zum Worte gemeldet hatte, dazu, um gegen den „Korr.“ zu polemisieren, kam zunächst auf die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu dem letzten Tarif zurück und sagte, wenn man sich die Artikel jetzt in den ruhigen Zeiten durchlese, werde man anders darüber denken. Zu den erwähnten Gemeinheiten lag damals gar keine Veranlassung vor. Es war eine sachliche Stellungnahme, keine Zeile Persönliches. Es sei doch ganz etwas andres, wenn wirklich es vorgekommen sei, daß in einem Betriebe Kontrolle verlangt worden, oder ob diese nur tariflich festgelegt werden soll. Daraus hatte sich dann die Pressebegeisterung Reghäuser entpunden, die, da es sich um zwei Bauarenaturen handelte, etwas derb ausfiel. Aber Fischer hat ehrlich Faustschläge ausgeteilt, während Reghäuser's Kampfmethode „Beinstellen“ genannt werden muß. Es treffe auch nicht zu, daß kein bürgerliches Blatt etwas darüber gebracht habe. Zu jeder Zeit haben die bürgerlichen Zeitungen den „Korr.“ ausgeschlacht. Die Klage unterblieb damals tatsächlich nur aus dem Grunde, weil Fischer eine Zulage erhalten hatte und dies eventuell in der Notiz nur gemeint sein konnte. Stets sage Reghäuser, wenn er angegriffen werde, der Angriff gelte dem Verband; auch jetzt sehen wir, wie sich in den Provinzorten ein Sturm erhebe, um dagegen Stellung zu nehmen. Diese Orte seien merkwürdig schnell unterrichtet. Vielleicht sei man in der Zeit, wo auch schon das Tarifamt eine Zeitungsversandstelle zu errichten für nötig erachtet hat, auch an anderer Stelle darauf bedacht gewesen, die Provinzkollegen recht frühzeitig davon zu unterrichten. Er tabelte es, daß Reghäuser die Taktik des Verschweigens in unangenehmen Dingen anwende, weil dadurch die Provinzkollegen, die nur auf den „Korr.“ angewiesen sind, dann auch nichts erfahren. Und die neueste Notiz über Jena, wo es sich um einen früheren Parteiführer handelt, zeige, daß Reghäuser gern Parteieinrichtungen diskreditiere, und erfolge dann eine Antwort, wie es Angriff auf den Verband genannt. Noch am 10. März bestand für den „Korr.“ die Pflicht, etwas zu berichtigen, was nicht zutreffend war. Denn er schrieb damals, eine anständige Redaktion hätte die Pflicht gehabt. Nun war aber diese vernünftige Verichtigung tatsächlich ohne Zutun von Reghäuser erfolgt, nur noch nicht zu der Zeit, wo der verhältnismäßig recht lange Zeit vor Erscheinen abgeschlossen „Korr.“ dies wissen konnte. Da hieße wandle sich gegen Reghäuser und führte Beispiele an, wie Reghäuser kämpfe und sich auch oft selbst widerspreche. Faber kam zunächst auf die von John zuvor gemachte Äußerung über den Verband von Zeitungen durch das Tarifamt zurück. Es sollte dies nur dem einen Zwecke dienen, die Kreisvertreter in objektiver Weise von den

Vorkommissionen bei der Firma Mosse zu unterrichten. Er  
stehe im Gegensatz zu Massini auf dem Standpunkte, daß  
es eine Verbandsfrage ist, denn wenn Redhäuser dieser  
Polizeischuß wäre, wäre er nicht mehr würdig, Redakteur  
unseres Organs zu sein. Daß die Notiz von K. V. wegen  
der 1000 M. in den „Korr.“ gelangt ist, verurteile auch  
er; auch das verlange er von jedem, wenn eine Notiz  
falsch ist, daß er sie zurücknimmt oder die andre Deutung  
angibt, wie auch das dort korrekt sei im Falle des Ober-  
faktors Raßn, der eidlich bestritten hat, etwas erhalten  
zu haben. Der Redner sagte, es sei schwer, die Sache zu  
besprechen, ohne die „Vorwärts“-Druckereiverhältnisse zu  
erwähnen. Der Bericht soll der Wahrheit entsprechen,  
wie hier gesagt wird und wie auch Mussial gesagt haben  
soll, aber man müsse den ganzen Verlauf betrachten. Die  
Namen so hervorragender Parteiführer, wie Hebel und  
Singer, werden nur in gepulverteter Schrift gesetzt, während  
die Namen der andern drei Personen in Fettdruck prägen-  
gen. (Dies ist verständlich, denn für den Prozeß wich-  
tiger waren die Aussagen unserer Kollegen, auf die sich  
der „Post“-Redakteur ja stützen wollte. D. Schrift.)  
Zweifellos sollte die Notiz im Briefkasten heißen: Hätten  
wir die Bilder, wir würden dieselben austauschen wie die  
von Polizeispiegeln. Faber kam auf die Unangelegenheit  
des Ausschusses von Redhäuser aus der Partei zurück,  
die nur erfolgt ist, weil er die Grundsätze unserer Ver-  
bandsgeneralversammlung in Sachen der Tarifgemein-  
schaft usw. verfolgt habe. Auch dem Kollegen Schiller  
sei dies passiert. Es sei nun erklärlich, daß ein Haß  
entstanden ist, aber ein Weinstellen dürfe es nicht geben.  
Der Redner erwähnte hierbei, daß er mit der früheren  
Redaktion ein Abkommen getroffen habe, daß nicht allzu  
scharf geschossen würde bei notwendig werdenden Pole-  
miken. Die Ansicht Johns, daß die ersten Artikel nach  
Abschluß des Tarifs sachlich waren, halte er für falsch.  
So habe sich der tiefe Zwist gezeitigt, der durch gegen-  
seitig geschürten Haß diffiziert sei. Er bedauere, daß er  
sich in Gegensatz zu Massini stellen muß, die vielen An-  
griffe auf unsre Einrichtungen haben dies Bild gezeitigt.  
Er bitte um Annahme der Leipziger Resolution. (Große  
Lärm.) Dem nächsten Redner, Kollege Durynel, wel-  
cher mehr im Sinne eines Hypertoneutralen sprechen wollte,  
gelang es nicht, trotz seines ziemlich lauten Organs, bei  
der Versammlung Gehör zu erhalten. Sein Auftreten  
war ungeheuerlich, so daß der Vorsitzende zu mehrmaligem  
Eingreifen genötigt war. Der Redner mußte, durch Zu-  
rufe gezwungen, abtreten und wird nun von Terroris-  
mus reden, obwohl seine nicht zur Sache gehörige Auf-  
fassung von Neutralität nichts mit der Tagesordnung zu  
tun hatte. Für diesen Redner mag das gelten, was  
später ein Redner aussprach, daß die Kollegen in der  
„Vorwärts“-Redaktion auch dann zu den Versammlungen  
kommen und Ausführungen machen mögen, wenn weniger  
große Fragen erledigt werden sollen. Grafmann: Ich  
hat, alle der inbrünstige Wunsch zusammengeführt, die  
Wahrheit zu erfahren. Er wolle nicht durch längere Aus-  
führungen darlegen, was Wahrheit ist, aber lieber könne  
genau sagen, daß der Bericht Wahrheit ist. Wir haben  
beide Berichte gelesen. Keiner der Zeugen hat den Pro-  
zeß ganz und gar mitangehört, sondern immer nur einen  
Bruchteil, deshalb soll man vorsichtig sein. Er sei ganz  
unparteiisch an die Frage herantretend, und er habe ge-  
funden, daß es doch ein Kampf gegen den Verband sei.  
Man muß die Sache erklären, aus welchem Willen die  
Sache entstanden sei, und da hat Faber schon das Not-  
wendige gesagt. Er wisse nicht, ob Fischer ein Bayer  
sei und damit ein Landsmann von ihm und Redhäuser,  
aber auch sein Blut wäre in Wallung gekommen, wenn  
man ihn so behandelt hätte. Ein Abgeordneter soll den  
Ton auch beachten, er soll das Volk heraufziehen, aber  
nicht herabwürdigen. Was sind denn das für Ausdrücke  
wie „Literarischer Bravo“. Das heißt gebundene Pres-  
bandit oder Weudelmörder? Er kann es nicht vertei-  
digen, daß Redhäuser die halb anonyme Notiz nicht anders  
ausgelegt hat. Aber vor Bericht kann man nicht aus-  
sagen, was man denkt, sondern nur das, wonach man  
gefragt wird. Sie machen sich lustig, daß die Provinz  
Stellung nimmt, obwohl sie nicht richtig orientiert sei.  
Aber sie ist genau so unterrichtet wie Sie. Die Kollegen  
lesen auch die Parteizeitung und den „Korr.“. Er möchte  
von der Annahme einer Resolution überhaupt absehen,  
weil die bevorstehende Gauvorsteherkonferenz sich damit  
zu beschäftigen haben wird, was mit Redhäuser geschehen  
soll. Wollte man seinem diesbezüglichen Wunsch nicht  
nachkommen, dann solle man wenigstens die Stelle aus  
der Resolution streichen, die von der Generalkommission  
als geeignete Instanz als Schiedsrichter handelt, denn  
nur die Organisation könne Schiedsrichter darüber sein,  
ob sie angegriffen worden sei. Schlegler kam zunächst  
einmal auf die letzten Ausführungen von Grafmann  
zurück. Erst der Verbandsvorstand habe den Streit zu  
einer Verbandsfrage gemacht. Er bedauere, daß der  
Verbandsvorstand in dieser Weise zu Redhäuser Stellung  
genommen hat. Wenn Grafmann auf die Gauvorsteher-  
konferenz verweise, so hätte der Verbandsvorstand auch  
diese Lösung wählen sollen. Auch das stimme nicht, daß  
die Provinzkollegen so unterrichtet sind wie die Berliner,  
weil der „Vorwärts“ viel mehr über den Berichtsbericht  
gebracht hat, als es andre Väter schon aus Raum-  
mangel tun können. Die Frage ist: Hat Redhäuser so  
gehandelt, wie er als anfänglicher Redakteur zu handeln  
hat? Mit der Aufhebung von Raßn wird er sich ja  
noch abzufinden haben. Er, Schlegler, glaubt, Redhäuser  
weiß noch heute nicht, wer eigentlich damit gemeint ist.  
Wenn Grafmann annehme, daß er selbst Schiedsrichter  
sein können, so sage er: Nein, denn wir können nur  
Richter sein, ein Schiedsrichter hat andre Aufgaben als

ein Richter. Die Generalkommission sei dazu geeigneter,  
denn auch die Partei und die Gewerkschaften haben sich  
zur Regelung verschiedener Fragen, wie z. B. der Mai-  
feierunterstützungsauszahlung, an dieselbe gewandt. Die  
Briefkastennotiz im „Vorwärts“ verurteile auch er auf  
das Entschiedenste, die Antwort hätte nur ein kurzes  
Nein sein dürfen, so ist sie zu gesucht. Sodann kam  
der Redner auf den Ausschluß Redhäuser aus der  
Partei zurück, den Faber in seinen Ausführungen er-  
wähnt hatte. Er habe es als eine Dummheit bezeichnet  
und stehe noch heute auf demselben Standpunkt. Auch  
verstehe er es, daß Redhäuser die Umgebung von Leipzig  
beeinflusst hat; aber das berechtige ihn noch lange nicht,  
so zu handeln, wie er gehandelt hat. Die Annahme der  
Leipziger Resolution wäre ein Schlag ins Gesicht, und  
daraus bitte er um Annahme der Resolution des Gau-  
vorstandes. Pilz bedauerte zunächst, daß John als  
erster Diskussionsredner das Wort genommen habe,  
deshalb seien auch Fragen berührt, die nicht so mit dem Zweck  
der Versammlung in Zusammenhang stehen. Die Brief-  
kastennotiz verurteile er ebenso wie die Vorredner. Er  
spreche dann noch den Wunsch aus, daß die „Vorwärts“-  
Redakteure sich öfter in unseren Versammlungen zeigen  
müßten, und eruche, daß einer der Prozeßbeteiligten das  
Wort in dieser Sache nehmen möge. Um besten würden  
die Leser des „Korr.“ doch unterrichten, wenn der ganze  
Gerichtsbericht zum Abdruck gekommen wäre. Die Ge-  
sellschaft ging bis zu der bewegten Zeit von 1896 zurück,  
wo man an der große Streit über die Tarifverträge  
batiert; Redhäuser sei seiner Meinung nach ohne jeden  
Grund ausgeschlossen. Beide, Redhäuser wie Fischer,  
haben genügend geschwindelt und müßten daher beide  
von der Bildfläche verschwinden. Es wurde ein Schlus-  
antrag angenommen, nachdem sich Grafmann gegen eine  
beabsichtigte Schließung der Rednerliste gewandt hatte,  
weil es das größte Unrecht wäre, den noch eingerechneten  
Rednern das Recht zu Angriffen zu geben, die nachher  
nicht zurückgewiesen werden könnten. Kollege Mahlo  
kam alsdann dem Wunsche nach und äußerte sich als Prozeß-  
beteiligter. Den Bericht im „Vorwärts“ halte er nicht  
für objektiv. Redhäuser habe er nicht gehört, aber seine  
und Mussials Äußerungen stimmten nicht, und mit Red-  
häuser werde es ebenso sein. Die Aussage von Diepmann  
sehe auch, der nicht wußte, was er aussagen sollte, ob-  
wohl Herr Fischer ihn immer anties. Er möchte nun  
des längen das Verhältnis der „Vorwärts“-Druckerei  
besprechen, wurde aber vom Vorsitzenden daran gehindert,  
da er zu Eingang in sein Referat gesagt habe, wie es  
gehandelt werden solle. Auf Zuruf der Versammlung  
wurde ihm dies aber gestattet. In seinen weitern Aus-  
führungen äußerte er sich abfällig über den „Vorwärts“-  
Betrieb und kam auch auf Urteile des Tarifsamts zurück.  
Seine Aussage vor Gericht, daß er den Verfasser  
der Notiz im Maschinenstalle vermutet habe, habe er  
genau, wie die ganze Sache, so lag, das es, wie es nicht  
nur ihm, Druckern bekannt sein konnte. Eine Belei-  
digung sei es nicht; er vergleiche den Ausdruck damit,  
wenn er sage, die Kohlen kommen aus dem Bergwerk.  
Er habe Mißstände in der „Vorwärts“-Druckerei erst seit der  
Zeit kritisiert, wo er ein Jahr amwesend war; allerdings  
sei ein Teil dieser Zustände durch die Schuld der Kol-  
legen hervorgerufen. Schlecht gehandelt finde er es nicht,  
wenn er sein Organ mit wahrheitsgemäßen Notizen ver-  
sehe. Massini sagte in seinem Schlusswort, daß die  
beiden Personen Mussial und Mahlo auscheiden  
sollten, das hätte auch Mahlo beobachten müssen. Über  
die Druckereiangelegenheit habe er sich am Sonntag unter-  
richtet, und werde er sich dazu rückhaltslos äußern, wenn  
die Sache verhandelt würde. Was Mahlo zu der Zeugen-  
aussage von Diepmann sage, daß er sich blamiert habe,  
so muß in Betracht gezogen werden, daß er über eine  
Sitzung aussagen sollte, der er nicht beigewohnt habe,  
wo Fischer im 2. Wahlkreis erklärt haben sollte, Schmier-  
gelder erhalten zu haben. Das sei eine Situation, die  
man verstehen könne. Massini bedauerte nochmals, daß  
man mit der Ehre eines andren so leichtfertig ungegan-  
gen sei. Er habe stets die Wahrheit vertreten und  
in Zeiten, wo es Not tat, gegen die Partei seinen Mann  
gestellt, aber nur dann, wenn das Recht auf unserer Seite  
lag. Die Resolution, welche nochmals verlesen wurde,  
gelange gegen wenige Stimmen zur Annahme. Wie der  
Vorsitzende konstatierte, von etwa 5000 gegen ein Duzend  
Stimmen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung blieben  
unberührt, und wurde die Versammlung mit einem be-  
geisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

**Delmenhorst.** Auch unser Ortsverein beschäftigte  
sich in seiner letzten Versammlung am 15. November mit  
dem „Falle“ Redhäuser — „Vorwärts“ bzw. „Leipziger  
Volkszeitung“ und wurde auch hier die Kampfesweise  
des „Vorwärts“ wie überhaupt der Parteipresse („Bürger-  
zeitung“ in Bremen z. B.) als schärfste kritisiert und  
verurteilt. Folgende kurze Resolution fand einstimmige  
Annahme: „Der Ortsverein Delmenhorst stellt sich auf  
den Standpunkt der Erklärung des Verbandsvorstandes  
und spricht dem Kollegen Redhäuser wie der gesamten  
Redaktion des „Korr.“ sein ferneres Vertrauen aus.“

**Dresden.** (Gaumitgliederversammlung vom  
12. November.) Bevor in die Tagesordnung eingetreten  
wurde, nahm die Versammlung auf Vorschlag des Vor-  
sitzenden Wendische Stellung zu den Beschimpfungen  
unser Redakteurs seitens der „Leipziger Volkszeitung“  
und des „Vorwärts“. Hierzu äußerte sich zunächst Kol-  
lege Steinbrück: Wer den Verlauf der ganzen Ange-  
legenheit verfolgte, dem sei es ohne weiteres klar, daß in  
der ganzen Sache ein gewisses System liege. Bei jeder  
passenden und unpassenden Gelegenheit gab man dem  
Kollegen Redhäuser den „guten“ Rat, „die Konsequenzen

zu ziehen“. Trotzdem seine Artikelserie über die Neutra-  
lität lebendig als eine akademische Arbeit aufzufassen  
und er niemand persönlich zu nahe getreten war, hoffte  
man auf die Generalversammlung, daß sie nun endlich  
Schluß machen werde mit Redhäuser. Aber man hatte  
sich verrechnet. Jetzt benutzt man diese Prozeßangelegen-  
heit, um ihn in einer so maßlosen Weise zu beschimpfen,  
daß — so rechnete man — der Verband sich seiner schämen  
muß. Aber durch diese Rechnung wurde ein Strich ge-  
macht, denn auch diesmal hat man umsonst gehofft, wie  
so oft schon; denn wie der Verbandsvorstand, so hat auch  
die Leipziger Mitgliedschaft sich mit Redhäuser solidarisch  
erklärt und so bis heute noch viele andre Ortsvereine.  
Wer die Epoche des Sozialistengesetzes mit durchgemacht,  
der hat die „sittlich verkommenen Subjekte der Polizeis-  
chutz“ kennen gelernt. Die Redaktion der „Leipziger  
Volkszeitung“ war sich somit darüber klar, daß sie unserm  
Kollegen Redhäuser solche gemeine Handlungen nicht nach-  
wehnen kann, und wenn sie nun trotzdem mit solchen An-  
schuldigungen komme, hatte der Verbandsvorstand recht,  
wenn er in seiner Erklärung von Verleumdung spreche.  
Dieser Gegenzug sei wie alle andren nur als ein Glied in  
der Kette aller Feindseligkeiten zwischen Verband und  
Partei zu betrachten. Mit einmahl sei der Ausspruch  
eines Amtsrichters ein Orakel geworden. Es sei noch  
nicht zu lange her, daß ein Amtsrichter in bezug auf  
einen Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sagte:  
„Er sei ein gewerkschaftlicher Schabracken!“ Da hat man  
mit Recht nicht von „amtlicher Abkempfung“ gesprochen;  
aber bei Redhäuser da ist es eben etwas andres. Als  
was habe denn überhaupt der Amtsrichter seinen Schül-  
ling, den Direktor Fischer, betrachtet? Doch nur als  
Vertreter des Kapitals; denn nur von diesem Gesicht-  
punkt aus sei die Aufforderung, die Kollegen Mussial  
und Mahlo hinauszuerufen, zu verstehen. Dieser Appell  
an den „Herrn im Hause“ ist ja auch nicht umsonst ge-  
schehen. Ob der Amtsrichter nicht seine Sintergedanken  
dabei gehabt haben mag? Nur durch sein konsequentes  
Eintreten für die Bestrafungen unserer Organisation habe  
sich Kollege Redhäuser diese Feindschaft zugezogen; des-  
halb sei es die Pflicht jedes Verbandsmitglieds, nun  
auch für Redhäuser einzutreten. Kollege Steinbrück er-  
nannte folgende Resolution: „Die Versammlung erhebt  
Protest gegen die Beschimpfung unsers Redakteurs und  
schließt sich solidarisch der Erklärung des Verbandsvor-  
standes an.“ Kollege Haler stimmte der Resolution zu  
und bezeichnete es als eine Gemeinheit, wie hier von  
seiten der Parteizeitungen vorgegangen worden sei. Kol-  
lege Huhn meinte, daß die Schreibweise des „Korr.“ dazu  
angetan sei, uns immer mehr von der modernen Arbeiter-  
bewegung zu entfernen. In der Schreibweise Redhäusers  
liege ebenfalls System gegen die Parteizeitungen. Wenn  
zur Stellungnahme aufgefordert werde, müßte der „Korr.“  
wenigstens den Prozeßbericht bringen; aus dem „Korr.“  
könne man sich kein Bild machen. Er gebe zu, daß  
Fischer nicht Unternehmensgläubiger habe, aber er hätte wohl  
eine Notiz bringen können, daß er nicht gemeint sei.  
Zur Wiedereinstellung der beiden entlassenen Kollegen  
Mussial und Mahlo müßten die nötigen Schritte unter-  
nommen werden. Der Gauvorstand habe nicht richtig  
gehandelt, heute die wichtigen Tagesordnungspunkte zurück-  
zustellen und diese Sache als ersten Punkt zu behandeln.  
Es läge keine Veranlassung vor, A. ein Vertrauensvotum  
auszustellen und empfahl er deshalb folgende Resolution:  
„Wenn auch die heutige Gaumitgliederversammlung die  
Handlungsweise ihres „Korr.“-Redakteurs, Kollegen Red-  
häuser, in Angelegenheit des Prozesses Fischer kontra  
„Post“ als keine einwandfreie erklären kann, so protestiert  
sie trotzdem auf das schärfste gegen die maßlos gemeine,  
die Einigkeit der Klassenbewußten Arbeiterklasse schwer-  
schädigende Kampfesweise des „Vorwärts“ und der „Leip-  
ziger Volkszeitung“ gegen Redhäuser. Die Versammlung  
erklärt ferner die Entlassung der Kollegen Mussial und  
Mahlo als ungerechtfertigt, nicht den Tendenzen ent-  
sprechend, die in einem Betriebe der modernen Arbeiter-  
bewegung herrschen sollen, und fordert den Arbeiteraus-  
schuß des „Vorwärts“ und die Verbandsleitung auf,  
dagegen energisch Stellung zu nehmen.“ Der Vor-  
sitzende Wendische wandte sich gegen Huhn und meinte,  
es könne wohl keinen wichtigeren Tagesordnungspunkt  
geben als diesen, denn nicht nur unser Redakteur Red-  
häuser sei angegriffen, sondern die ganze Organi-  
sation käme hier in Frage. Der „Vorwärts“ habe den  
Verhandlungsbericht so einseitig zugefugt, daß man  
sogar merke, auf wen er gemünzt war. Fischer habe  
vor zwei Jahren klagen können, wenn er sich wirklich be-  
leidigt gefühlt hätte, was ihm gegenüber ja auch der  
Amtsrichter erklärte. Wenn ferner der Amtsrichter  
in bezug auf unser Redakteur meinte, jeder anfängliche  
Mensch hätte so eine Erklärung abgegeben, so könne er  
(W.) sich wohl in die Lage R.s hineinsetzen, einen Men-  
schen zu rektifizieren, der ihn stets in der unfähigsten  
Weise beschimpft habe. Für uns komme heute in Frage,  
ob unser Kollege R. ein Dumpe und Schuft sei, oder ob  
er noch weiter unser Redakteur sein könne. Er sei schwer  
angegriffen worden und habe dann auch ordentlich ge-  
antwortet, und wenn man dann sage, die Partei sei durch  
diese Unangelegenheit schwer geschädigt worden, so könne  
er dem nur zustimmen — aber nicht durch den Kollegen  
R., sondern durch das Verhalten einzelner Genossen. Wir  
seien eben diesen Leuten als Organisation zu selbständig  
geworden. Jedem könne einmal ein Fehler unterlaufen,  
aber deshalb sei unser Redakteur noch lange kein Polizeis-  
chutz. Er empfehle die Resolution Steinbrück zur An-  
nahme. Kollege Müller sprach sich für die Resolution  
Huhn aus. R. habe eine Ehrenpflicht verletzt. Er hätte  
eine Verächtigung seiner Notiz bringen müssen, auch

wenn Fischer sein persönlicher Feind sei. Kollege Steinbrück: R. stehe in unsern Diensten, er sei beschimpft worden, und wir hätten nun die Pflicht, ihn zu schützen. Redner ging näher auf die Entwicklung dieser ganzen Affäre ein, deren Ausgangspunkt die Tarifberatungen 1906 bildeten, wo die Ertragsverhältnisse des Tarifausschusses vom „Vorwärts“ heruntergerissen wurden, ja sogar den Gehilfenvertretern der Vorwurf gemacht, daß sie mehr auf die Lage der Prinzipale Rücksicht genommen als auf die Verhältnisse der Kollegen. Das sei vom „Korr.“ zurückgewiesen, worauf der „Vorwärts“ R. einen Renegaten und Verwandten der „Post“ bezeichnete. Die Parteiblätter übten strikte Solidarität, darum sei es auch unsere Ehrenpflicht, hinter unserm Redakteur zu stehen. Kollege Lehner meinte, als Verbandsmitglied müsse man der Resolution Steinbrück zustimmen, aber R. hätte besser geschwiegen im Interesse der Arbeiterbewegung. Die Abstimmung ergab die Annahme der Resolution Steinbrück mit allen (von 600 anwesenden Kollegen) gegen 43 Stimmen. Damit war die Resolution durch den Vorherrscher genehmigt. Sodann referierte der Vorsitzende Wendische über: „Rechte und Pflichten der Vertrauensmänner“. Es sei festgestellt, daß in vielen Druckereien zwar Druckereiarbeiter, aber keine Vertrauensleute vorhanden wären. Nach der letzten Tarifberatung sei diese Position zu einer tariflichen Bestimmung geworden und geniesse der Vertrauensmann daher auch den vollen tariflichen Schutz. Er sei Vertreter und Anwalt seiner Kollegen und habe der Prinzipal die Verpflichtung, denselben anerkennen. Der Vertrauensmann habe nicht nur in tariflichen Fragen zu vermitteln, sondern auch alle anderen Streitigkeiten zu regeln und sei es notwendig, nur ruhige, taktvolle, im Geschäft schon länger tätige Kollegen zu wählen. Er müsse auch den Mut haben, unberechtigte Wünsche seiner Kollegen abzuweisen. Einen besonderen Schutz genieße der Vertrauensmann dadurch, daß wenn nach berechtigtem Vorgehen eine Kündigung seitens des Geschäftsführers, das Schiedsgericht die Wiedereinstellung des Vertrauensmannes verlangen kann. Der Satz des von letzter Versammlung angenommenen Antrags, wonach die Liste der Vertrauensleute in jeder Versammlung zu verlesen sei, halte er nicht für durchführbar, da man durch eine solche Bestimmung sich die Vertrauensleute nur vor den Kopf stoße. Den Beschl. dieses Passus beschloß die Versammlung. Kollege Steinbrück regte an, daß der Vertrauensmann nicht gleichzeitig Druckereiarbeiter sein möchte. Es dürfe nicht alles auf eine Schulter gelegt werden. Auch spreche die Bestimmung im Kommentar nur von Vertrauensmännern. Nach längerer eingehender Diskussion wurde ferner nachstehender Antrag des Kollegen Bernard einstimmig angenommen: „Der Gausvorstand wolle ein Reglement für die Vertrauensmänner und die Druckereiarbeiter des Gauses Dresden ausarbeiten und dieses per nächsten Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.“

**Deffau.** Am 12. November fand im „Gewerkschaftsheim“ eine außerordentliche Monatsversammlung statt. Der Hauptpunkt: „Stellungnahme zur Angelegenheit Reghäuser kontra Fischer und die Erklärung des Verbandsvorstandes“, wurde erschöpfend behandelt. Man verurteilte allgemein die Gehe der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ gegen unsere erprobten Führer, welche nicht dazu angetan sei, die Arbeiterbewegung auf friedlichem Wege vorwärts zu bringen, sondern nur zu verwirren. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige außerordentliche Ortsvereinsversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker verurteilt auf das entschiedenste die geschäftige und gemeine Kampfweise der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ gegen die „Korr.“-Redaktion, die Verbandsleitung und die Kollegen Mahlo und Muffial. Sie hat nach wie vor das vollste Vertrauen zu den Führern des Buchdruckerverbandes. Ferner erblickt die Versammlung in der Entlassung der Kollegen Mahlo und Muffial aus der „Vorwärts“-Druckerei eine unberechtigte Maßregelung.“ Von mehreren Kollegen wurde auch darüber Klage geführt, daß verschiedene Verbandsfunktionäre in Verantwortung von Anfragen und Inseraten aus dem „Korr.“ nicht immer die notwendige Pünktlichkeit einhielten. Eine scharfe Kritik wurde ferner an der Schreibweise des „Anhaltischen Staatsanzeigers“ geübt. Derselbe beliebt nämlich seit längerer Zeit systematisch die Leistungen der Gewerkschaften in der niedrigsten Weise herabzuwürdigen bzw. die Beiträge zu den Gewerkschaften als eine ganz enorme Besteuerung der Arbeiter hinzustellen, die nur den Führern gute Käse, die von den „Arbeitergroßen“ lebten. Es soll hierzu später noch einmal in anderer Weise Stellung genommen werden.

**Samburg-Altona.** (Richtigstellung.) In Versammlungsbericht in Nr. 134 haben sich einige Fehler eingeschlichen, welche hiermit berichtigt werden sollen. Die Abstimmung über die Resolution Bogunkte ergab nicht 641, sondern 397 Stimmen für dieselbe; für die abgelehnte Resolution Steinhardt wurden 256 Stimmen abgegeben, bei etwa 900 Versammlungsteilnehmern. Ferner heißt der zweite Sekundant des Kollegen Steinhardt nicht Uhlse, sondern Uhlig, und zum dritten ist statt Si-Si-Werke Si-Si-Werke zu lesen.

**W. Krefeld.** Unfre am 14. November abgehaltene Monatsversammlung hatte sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen. Der erste Punkt betraf „Geschäftliche Mitteilungen“ sowie die Aufnahme von fünf Kollegen. Nach Entgegennahme des Massenberichts pro drittes Quartal kam man zu dem wichtigsten Punkte der Tagesordnung: „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ kontra Reghäuser und unsere Stellungnahme zu den neuerlichen Vorgängen“. Der Vorsitzende berichtete zu diesem

Punkt über die letzten Vorkommnisse und verwarf in seinen Ausführungen auf das entschiedenste die niedrige Kampfweise einiger führenden Parteiblätter und stellte dies Gebahren als eine Arbeiterzerpflüderung hin, gegen das man entschiedene Front machen müsse. Weiter brandmarkte er scharf die Kündigung der beiden Kollegen der „Vorwärts“-Druckerei, Muffial und Mahlo, die ungerichterweise geschahen sei. Un der nun einsehenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und sprachen fast alle im gleichen Sinne. Folgende Resolution gelangte gegen eine Stimmenthaltung zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Krefelder Typographia (V. d. D. V.) protestiert in energischer Weise gegen die maßlosen und geschäftigen, die Gesamtarbeiterschaft schädigenden Treibereien des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber der Redaktion des „Korr.“ und insbesondere gegen den Kollegen Reghäuser. Des weitern bezeichnet die Versammlung die unter dem Schutze des Pläbayers gemachten Ausführungen des Rechtsanwalts Heine gegenüber dem „Korr.“ als unsehr. Die Versammlung erklärt sich mit dem Kollegen Reghäuser solidarisch und erwartet, daß er auch diesem neuen Ansturm Trost bietet und fernerhin unsere Interessen in energischer Weise vertritt; gleichviel ob Partei- oder bürgerlicher Betrieb. Das Gebahren des „Vorwärts“-Geschäftsführers Fischer bezeichnet die Versammlung als die Gesamtarbeiterschaft schädigend, da es dem Interneingebaren eines modernen Fabrikpächters ebenbürtig ist, und sprechen den gemäßregelten Kollegen Muffial und Mahlo ihre volle Sympathie aus.“

**Wülheim (Ruhr).** Nahm unser Ortsverein im vorjährigen Winter Veranlassung, gewerkschaftliche Vorträge halten zu lassen, so sind es heuer solche allgemein bildender Natur. So hielt Herr Veyer (Essen) am 3. Oktober einen Vortrag über „Roms Macht und Untergang“ und am 7. November über „Agrargeschichte im Altertum“. Der lebhafteste Beifall und bester Versammlungsbesuch zeigte sich als Folge der Veranstaltungen. Endlich hat auch die Firma Carl W. Lech hier selbst den Tarif anerkannt. In der unartifizigen Hausdruckerei des Großeisenwerks Thyssen & Co. wurde von den dortigen Nichtmitgliedern die Einführung des Tarifs verlangt, weshalb dieselben das Feld räumen mußten. Leiter dieser Druckerei ist ein früherer Buchbinder, welcher ein halbes Jahr in Düsseldorf Buchdrucker „erlebte“ — oder auch nicht. Es werden noch Stundenlöhne von 32 bis 45 Pf. bezahlt und die Maschinen zurzeit von Hilfsarbeitern bedient. In Sachen Richard Fischer kontra Reghäuser resp. „Leipziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“ gegen Reghäuser, wurde nach lebhafter Aussprache folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 7. November abgehaltene Monatsversammlung spricht der heutigen „Korr.“-Redaktion ihr volles Vertrauen aus und verurteilt aus schärfster die gemeine Art der Polemik, wie sie in „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ zutage tritt.“ Versammlung beäuert ein solch verabscheuenswürdiges Gebahren der sozialdemokratischen Blätter als nicht im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung liegend. Wir freuen uns der kräftigen Abwehr seitens der „Korr.“-Redaktion und des Zentralvorstandes.“

**Münster i. W.** Eine auf den 15. November einberufene außerordentliche Versammlung nahm Stellung zu den Angriffen des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die „Korr.“-Redaktion. Der Vorsitzende legte kurz die Ursachen des Streites dar, welche die beiden genannten Blätter veranlaßten, in so gemeiner Weise über den Kollegen Reghäuser herzufallen. In der dann stattfindenden Diskussion wurde u. a. auch die Entlassung der Kollegen Muffial und Mahlo gebrandmarkt und diesen beiden Kollegen volle Sympathie ausgesprochen. Von anderer Seite wurde ausgeführt, der Zentralvorstand möge die Verbreitung eines Flugblattes unter die übrige Arbeiterschaft in Erwägung ziehen, da die für diese in Betracht kommenden Zeitungen nur einseitig über die letzten Vorkommnisse in unserm Gewerbe berichten. Die große Masse der Arbeiter sei daher oft falsch unterrichtet. Nachstehende Resolution wurde aus der Mitte der Versammlung eingereicht und einstimmig angenommen: „Die am 15. November tagende, sehr gut besuchte außerordentliche Versammlung verurteilt aufs entschiedenste die seitens des „Vorw.“ und der „Leipziger Volkszeitung“ sowie der übrigen sozialdemokratischen Presse gegen unsern Redakteur Reghäuser injenzierte Gehe; sie spricht demselben sowie der gesamten „Korr.“-Redaktion ihr Vertrauen aus. Die Versammlung erwartet vom Kollegen Reghäuser wie bisher die fruchtvolle Vertretung der Interessen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.“

**Reumichen (Saar).** Wegen baulicher Veränderung in unserm bisherigen Vereinslokale waren wir genötigt, dasselbe zu verlassen, und wurde in letzter Versammlung das Lokal in das Gasthaus „Zur Germania“, Langenstrichstraße, verlegt. Am 7. November fand nun die erste Versammlung in dem neuen Vereinslokale statt, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Nach der Erstattung des Massenberichts sowie der Aufnahme eines Mitglieds, brachte der Vorsitzende Meyer auch die Beschimpfung und gemeine Beleidigung unser „Korr.“-Redaktion und besonders des Kollegen Reghäuser anlässlich des Prozesses der „Post“ durch den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ zur Sprache und geißelte mit scharfen Worten solches Vorgehen gegen unsere bescheidenen Führer. Sämtliche sich an der Diskussion beteiligenden Redner sprachen sich in diesem Sinne aus, und fand nachstehende Resolution einstimmig Annahme: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Reumichen nimmt nach eingehender Beratung Kenntnis von der infamen

Beleidigung unser „Korr.“-Redaktion, besonders des Kollegen Reghäuser, aus Anlaß des Prozesses der „Post“ durch den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“. Die Versammlung spricht ihre schärfste Entrüstung aus über ein solches Vorgehen gegen unsere bescheidenen Führer und beauftragt die Redaktion des „Korr.“ vollste Sympathie, da dieselbe bis jetzt die wahren Arbeiterinteressen vertreten hat.“

**R. Neu-Ruppin.** In der am 8. November abgehaltenen Versammlung beschäftigte sich auch der hiesige Ortsverein mit der Angelegenheit „Reghäuser-Fischer“. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, der „Korr.“-Redaktion unser Vertrauen im Sinne der Erklärung des Hauptvorstandes auszudrücken. Des fernern nahm die Versammlung Kenntnis von der auf der Bezirksvorsteherkonferenz in Berlin beschlossenen Gantteilung und erklärte sich hiermit, für die Allgemeinheit Nutzen davon erwacht, einverstanden. Angeregt wurde weiter, sich recht zahlreich an der bevorstehenden Vorstandswahl zur Ortsfraktion zu beteiligen. Augenblicklich sind wir durch drei Kollegen in diesem vertreten. In den Versammlungen werden jetzt des öfters von Kollegen kleine Vorträge gehalten. Die vielen Kollegen, welche hier selbst schon arbeiteten, dürften es interessieren zu erfahren, daß die G. Buchbinder- und die Minimaxdruckerei seit dem 1. April d. J. die neunstündige Arbeitszeit eingeführt haben. Um nun auch den andern Mitgliedern am Orte die gleiche Vergünstigung zu verschaffen, sind seitens des Vorstandes geeignete Schritte unternommen, um eventuell die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für Neu-Ruppin zu erreichen. Kommen von andern Orten Klagen über schlechten Versammlungsbesuch, so können wir von hier das Gegenteil berichten, trotzdem wir in „brangvoll fürchterlicher Enge“ unsere Sitzungen abhalten müssen. Den hiesigen Gewerkschaften steht augenblicklich nur das kleine „Schäfersche Gasthaus“ zur Verfügung, in welchem unsere Versammlungen fast immer vollzählig besucht sind, und nimmt die Kollegschaft eifrigen Anteil an allen Fragen des kollegialen Lebens. Möge dieses auch ferner so bleiben. Im übrigen liegt aber hier die Gewerkschaftsbewegung sehr darnieder.

**g. Nordhausen.** Der Ortsverein hielt am 14. November im Vereinslokal eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Nachdem verschiedene Mitteilungen tariflicher Natur ihre Erledigung gefunden, der Massenbericht sowie der Kartellbericht erstattet war, besprach der Vorsitzende in längerer Ausführungen den bedauerlichen Streitfall Fischer kontra Reghäuser. Alle Redner sprachen ihr Bedauern über den Zwist aus, worauf aus dem Kreise der Versammlung eine Resolution eingereicht wurde, die mit allen gegen sechs Stimmen zur Annahme gelangte. Dieselbe hatte folgenden Wortlaut: „Die heute, am 14. November, tagende Monatsversammlung des Ortsvereins Nordhausen des V. d. D. V. spricht ihr Bedauern aus über die maßlosen Beschimpfungen der Kollegen Reghäuser, Mahlo und Muffial durch den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ und drückt den genannten Kollegen ihr volles Vertrauen aus.“ Diese Resolution wurde auch der hiesigen „Volkszeitung“ zur Aufnahme übergeben. Nachdem noch ein Kollege unter Vorbehalt aufgenommen und unter „Verschiedenes“ einige Sachen erörtert waren, fand die gut besuchte Versammlung ihre Ende. — Zu dem Bericht über die Bezirksversammlung in Sangerhausen sei mitgeteilt, daß der Antrag Nordhausen auf Abhaltung des nächsten Bezirkstags in Nordhausen nicht von uns fallen gelassen wurde, sondern mit Mehrheit abgelehnt worden ist, nachdem selbst ein Teil Kollegen für die Abhaltung der Bezirksversammlung in Artern eingetreten war.

**Bosen.** Unfre Ortsversammlung am 14. November beschäftigte sich zunächst mit der Verhandlung unser Redakteurs Reghäuser durch die Parteiblätter „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß es auf das entschiedenste zu verurteilen sei, wenn unter Arbeiterführern derartige Differenzen ausbrechen, für die man keine passende Bezeichnung finden könne. Im Laufe der Aussprache schlug Kollege Schöbel folgende Resolution vor: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Bosen spricht dem „Korr.“-Redakteur Reghäuser ihre volle Sympathie aus und hofft, daß trotz der geschäftigen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“, für die es einen passenden Ausdruck nicht gibt, Kollege Reghäuser noch recht lange in bisheriger bewährter Weise auf seinem Posten bleiben möge.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Ferner wurden die Bosen Druckereiverhältnisse besprochen. Es wurde betont, daß wir darauf achten müssen, daß nicht bloß auf die tariflichen Verhältnisse Wert gelegt werden muß, sondern auch auf Kollegialität, und in dieser Beziehung jedes Mitglied ohne Ausnahme verpflichtet sei, sein Verhalten so einzurichten, daß keinem Mitgliede kein menschliches, gewerkschaftliches und tarifliches Recht durch irgend ein andres Mitglied vermindert werde. Zu diesem Zwecke soll der Vorstand mit den begonnenen Druckereiverhandlungen weiter fortfahren. Zum Punkte „Stiftungsfest“ wurde beschlossen, daselbe diesmal nur unter Mitgliedern und deren Angehörigen zu feiern.

**h. Regensburg.** Die am 7. November im Gasthaus „Zum blauen Hecht“ abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der schon seit langer Zeit die Gemüter der hiesigen Mitgliedschaft erregenden Frage: „Umwandlung der seit 40 Jahren bestehenden Mitgliedschaft Regensburg in einen Ortsverein und die dadurch bedingte Erwerbung der sehr reichhaltigen Typographiabibliothek für denselben.“ Bis jetzt war die seit 77 Jahren bestehende Typographia der Mittelpunkt des kollegialen

und geselligen Verkehrs und ging stets Hand in Hand mit dem Verbands. Nach längerem, manchmal sehr heftigen Debatten wurde der Antrag angenommen und zugleich der Beschluß gefaßt, den Ortsbeitrag zu diesem Zweck um 2 Pf. pro Woche zu erhöhen. Ferner wird das Johannisfest, welches bisher zur Erleuchtung der Typographia gehörte, nunmehr dem Ortsverein gefeiert werden. Unter „Verschiedenes“ kam zur Mitteilung, daß sich das Tarifschiedsgericht für Regensburg nun völlig gebildet und auch die Herren Brüninge ihre Vertreter dazu gewählt haben. Mit dieser Institution wird dann auch der paritätische Arbeitsnachweis in Kraft treten, und wurde seitens der Versammlung für denselben Kollege Kreitner sogleich als Verwalter in Vorschlag gebracht. Schließlich gelangte folgende Resolution des Kollegen Koblner zur Annahme: „Die heutige, von 108 Mitgliefern besuchte Versammlung erklärt die gegen die Redaktion des „Korr.“ für Deutschlands Buchdrucker, insbesondere aber gegen den Redakteur Reghäuser, insensierte Hege und Ehrbrachneiderei von Seiten des „Vorwärts“ und hauptsächlich der „Leipziger Volkszeitung“ für ganz gemein. Die Mitglieberschaft bringt Reghäuser und der gesamten Redaktion auch fernerhin ihr vollstes Vertrauen entgegen.“

**Neutlingen** (Württ.). Der hiesige Ortsverein hat in seiner letzten Monatsversammlung ohne Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 14. November tagende Versammlung des Ortsvereins Neutlingen nimmt Kenntnis von den jüngsten Vorgängen zwischen „Leipziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“ einerseits und „Korr.“-Redakteur Reghäuser andererseits. Sie bedauert im Interesse einer erfolgreichen Arbeiterbewegung die sich lediglich auf persönliche Geßelligkeit stützende Zank der beiden sozialdemokratischen Blätter und zweifelt nicht daran, daß eine einsichtige, wirklich zielbewußte deutsche Arbeiterkraft solchen „führenden Organen unter diesen Auspizien die Gefolgschaft verjagt. Im übrigen spricht die Versammlung der „Korr.“-Redaktion ihr Vertrauen und den beiden gemäßigteren Kollegen Mustial und Maßlo ihre Sympathie aus.“

**Rothenburg o. T.** Die am 14. November abgehaltene Versammlung des Ortsvereins nahm Stellung zu der jüngsten schwerwiegenden Polemik zwischen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ einerseits und „Korr.“ andererseits und fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Rothenburg o. T. spricht der Redaktion des „Korr.“, insbesondere dem Kollegen Reghäuser, ihr vollstes Vertrauen aus und weist die geßelligen Angriffe des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ entschieden zurück. Sie verurteilt ferner entschieden die gemeine Herabsetzung der Erklärung unsers Zentralvorstandes in Nr. 129 des „Korr.“ seitens der „Leipziger Volkszeitung“ und hält es für angeeignet, daß von Seiten der Hauptstädte gegen solche Herabwürdigungen der Verbandschaft und damit des ganzen Verbandes einmütig energig Stellung genommen wird.“

**Zr Schleswig.** Die am 14. November tagende Versammlung besprach in ruhiger sachlicher Weise das neueste Drama, das sich innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung abspielte und dessen Schauplatz Berlin und Leipzig ist. Das Ergebnis der Aussprache war, daß man sich einmütig auf den Boden der Leipziger Resolution stellte.

**Schmalzalden i. Th.** Die nur mäßig besuchte Monatsversammlung (von 28 Mitgliefern waren 10 anwesend) unsrer Mitglieberschaft wurde am 7. November im Vereinslokale „Genne“ abgehalten. Punkt 1 der Tagesordnung: „Vorstandswahl“, fand seine Erledigung, indem der seitherige Vorstand wiedergewählt wurde, und jetzt sich derselbe wie folgt zusammensetzt: C. Rosenthal, Vorsitzender; W. Wolfrott, Kassierer. Punkt 2: „Stellungnahme zu dem Artikel „Moralischer Neudeckel“ in Nr. 128 des „Korr.“. Nach einem kurzen Referate des Kollegen König über diese Angelegenheit wurde folgende Resolution gefaßt: „Die am 7. November versammelten Mitglieder des Ortsvereins Schmalzalden drücken dem Kollegen Reghäuser anlässlich der Schmähungen der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ ihr vollstes Vertrauen aus und weisen die unsern bewährten „Korr.“-Redakteur zuteil gewordenen Beschimpfungen auf das entschiedenste als unwar und ungerecht zurück.“ Das diesjährige Stiftungsfest soll am 12. Dezember als Familienabend gefeiert werden. Nach Erledigung einiger für die Öffentlichkeit unwichtiger Punkte wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Schönberg** (Medlb.). In der am 7. November abgehaltenen Monatsversammlung begrüßte zunächst der Vorsitzende die neuerschienenen Mitglieder und hieß dieselben in unsrer Mitte herzlich willkommen. Nach Erstattung des Kartellberichts wurde zum Punkte „Tarifliches“ übergegangen. Es wurden berechnete Klagen erhoben wegen Überschreitung der Beitragskassa bei der Firma Schröder. Der Vorstand wurde beauftragt, die Sache in die Hand zu nehmen. Der nächste Punkt betraf die taktlosen Angriffe des „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ gegen unsern bewährten Kollegen Reghäuser. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, am 7. November, tagende und sehr gut besuchte Monatsversammlung bringt hiermit zum Ausdruck, daß sie nach wie vor hinter ihren geistigen Führern steht.“

**B. Schwabach** bei Nürnberg. In der Novemberversammlung, welche gut besucht war, referierte Kollege Sterler über die Verhandlungen der bayrischen Kartellkonferenz in Nürnberg und über die Gründung einer Landarbeiterorganisation. Weiter nahm die Versammlung Veranlassung, das Vorgehen der „Leipziger Volkszeitung“ sowie der „Vorwärts“-Redaktion gegen Kollegen Reg-

häuser auf das entschiedenste zu verwerfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige, stark besuchte Mitgliebersammlung des Ortsvereins Schwabach des Verbandes der Deutschen Buchdrucker spricht der Gesamtedaktion, insbesondere Kollegen Reghäuser, ihr vollstes Vertrauen aus und weist die niederträchtigen Angriffe des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ entschieden zurück.“

**-en. Schwerin i. M.** Seit langem waren die vom Ortsverein abgehaltenen Versammlungen nicht so stark besucht, wie die vom 10. November. Der Vorsitzende W. Rabe eröffnete die Versammlung mit Worten des Dankes für den zahlreichen Besuch, war doch sogar die „alte Garde“ stark vertreten. Auf der Tagesordnung stand nur der eine Punkt: „Der Ortsverein Schwerin und die „Korr.“-Redaktion.“ Die Kollegen Schlotter und Lüdemann verwiesen in kurzen, aber fertigen Worten auf die neuesten Vorkommnisse bezüglich des Prozesses Fischer kontra „Post“ und auf das Auftreten der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ unsern Kollegen Reghäuser gegenüber. Nach längerer Debatte, in der die allgemeine Entrüstung über die neuen Vorkommnisse, deren Ursprung doch eigentlich schon Jahre zurückliegt, zum Ausdruck kam, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige, äußerst zahlreich besuchte Versammlung des Ortsvereins Schwerin i. M. verurteilt die tendenziöse Berichterstattung des „Vorwärts“ in dem Verleumdungsprozeß Fischer kontra „Post“. Den schärfsten Protest erhebt sie gegen die der „Korr.“-Redaktion durch den Reichstagsabgeordneten Heine unter dem Schutze seines Pläbogens gewordene Bezeichnung als Verleumderneist, für die er jeden Beweis schuldig geblieben ist, und die gegen Kollegen Reghäuser gerichteten Unwürde der „Leipziger Volkszeitung“. Die Versammlung stellt sich rüchhaltslos auf die Seite der „Korr.“-Redaktion und versichert dieselbe ihres ungeminderten Vertrauens.“ Nach Erledigung einiger wichtiger Vereinsangelegenheiten wurde dann die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem Hoch auf den Verband und seine Führer geschlossen.

**Süderbrarup** (Schleswig-Holstein). Unser Ortsverein hielt am 9. November seine monatliche Versammlung ab. Wie schon im letzten Versammlungsberichte mitgeteilt, war von der Geschäftsleitung ein Antrag zur Arbeitsordnung erlassen worden, der u. a. besagte, daß jeder, der mehr wie fünf Minuten zu spät kam, mit dem Beginne der Arbeit bis zur nächsten Pause zu warten habe. Der Ortsverein klagte nun auf Abschaffung dieses Nachtrags beim Tarifschiedsgericht, und zwar mit Erfolg; die Geschäftsleitung hat dem Entscheide Rechnung getragen. Kollege Ottersbach, der den Ortsverein vertreten hatte, erstattete in der heutigen Versammlung einen ausführlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen. Nach Erledigung einiger unwesentlichen Punkte kam auch die tendenziöse Berichterstattung des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ in Sachen des Prozesses des Geschäftsleiters Fischer gegen die „Post“ für Sprache. Die „L. V.“ hielt man für Buchdrucker ein für allemal für abgetan. Bezüglich des Berichts im „Vorwärts“ wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Süderbrarup nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der tendenziösen Berichterstattung des „Vorwärts“ in Sachen des Prozesses des Geschäftsleiters Fischer gegen die „Post“. Sie erblickt hierin nur einen Ausfluß des langjährigen Hasses der „Vorwärts“-Redaktion gegen den Redakteur unsers „Korr.“, Kollegen Reghäuser, und spricht letzterem wie auch der gesamten Redaktion des „Korr.“ ihr vollstes Vertrauen aus.“

**-II. Swinemünde.** In der Monatsversammlung vom 7. November wurde von den fast vollständig erschienenen Kollegen nach dem Vierteljahresberichte des Kassierers der Bericht über die Bezirksvorstandskonferenz entgegengenommen. Außerdem wurde beschlossen, das Versammlungslokal nach dem Restaurant „Vater Jahn“ zu verlegen. „Unter Verschiedenes“ beschäftigten wir uns mit der Angelegenheit Reghäuser kontra Fischer. Folgende Resolution wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen: „Die Versammlung drückt der Redaktion des „Korr.“ ihr vollstes Vertrauen aus. Betreffend die 1000 Mark-Notiz steht die Versammlung auf dem Standpunkte, daß das Schweigen des Kollegen Reghäuser aus persönlichen Gründen gerechtfertigt ist. Die Beachtung aber, welcher in der Nr. 128 des „Korr.“ der „Leipziger Volkszeitung“ widersahen, verurteilt die Versammlung auf das entschiedenste, da die Redaktion dieser Zeitung mit ihren auten Sühlichkeitsanfällen von keinem anständigen und denkenden Menschen ernst genommen werden kann.“ In der Diskussion kam die Meinung zum Ausdruck, daß bei Rechtsanwalt Heine der „Parteiensich“ den „Rechtsanwalt“ alzu sehr überwiege; es hätte keinen Ruf, ein tüchtiger Rechtsanwalt zu sein, gewiß keinen Unbruch getan, wenn er über das Ziel seiner Pflicht nicht hinausgegangen wäre. Ferner könnte man auch vom Kollegen Reghäuser als Journalist nichts Unmenschliches, ja Unehrenhaftes verlangen, was die Erklärung der 1000 Mark-Notiz Herrn Fischer gegenüber gewesen wäre, nachdem derselbe in solch rüpelhafter Weise dem Kollegen Reghäuser entgegengetreten ist. Letzterer habe die Interessen seiner Kollegen zu vertreten, und das habe er stets in musterghüttiger Weise getan, ebenso die Kollegen Mustial und Maßlo.

**Trebbin** (Pr. Teltow). In der am 6. November abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung waren von 55 am Orte konditionierenden Mitgliedern 33 erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem kürzlich verstorbenen Kollegen Schert einen warmen Nachruf. Aus der Tagesordnung sei hervor-

gehoben, daß der alte Vorstand mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, welcher ablehnte, wiedergewählt wurde. Unter „Verschiedenes“ entpaukte sich eine lebhaft Debatt über die infame Gemeinheit der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber dem Kollegen Reghäuser. Überhaupt wurde die einseitige Berichterstattung und Kritik der „L. V.“ sowohl wie des „Vorwärts“ eingehend besprochen. Die verschiedenen Redner brachten zum Ausdruck, daß die letzte Tat dem sonst schon zu verurteilenden vergebenden Gebaren der „L. V.“ die Krone aufsetze, und daß solche Machinationen der sozialdemokratischen Partei auch keine Vorteile bringen könne. Eher würde es Kollegen geben, die in diesem Treiben eine Beleidigung der Gesamtkollegenchaft sehen und es sich jedenfalls überlegen würden, für eine Partei erst helfen die Geldmittel aufzubringen, um sich dann dafür auf die gemeinste Art und Weise beschimpfen zu lassen. Aufschärft wurde auch die Entlassung der Kollegen Mustial und Maßlo verurteilt. Würde in einem bürgerlichen Geschäfte sich solches ereignen, dann wäre der „Vorwärts“ der erste, der dagegen zu Felde ziehen würde. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen, jedoch sei bemerkt, daß sämtliche Redner in der Verurteilung dieses ehrabschneiderischen Treibens einig waren.

**Bieren.** Außer den übrigen Punkten der Tagesordnung nahm die am 11. November abgehaltene Monatsversammlung des Ortsvereins, welche gut besucht war, Stellung zu den Angriffen des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ auf die „Korr.“-Redaktion. Die Versammlung gab ihrem Unwillen über die der „Korr.“-Redaktion anlässlich des Fischer-„Post“-Prozesses zugefügten gemeinen Beschimpfungen und Verleumdungen seitens der beiden genannten Blätter durch ein einstimmige Annahme folgender, vom Vorsitzenden vorgeschlagene Resolution Ausdruck: „Die am 11. November abgehaltene Monatsversammlung des Ortsvereins Bieren verurteilt auf das entschiedenste die von Seiten des „Vorwärts“ und der „L. V.“ anlässlich des Fischerprozesses gegen den „Korr.“-Redakteur Reghäuser wie gegen die „Korr.“-Redaktion im allgemeinen erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen. Die Versammlung spricht der Redaktion und dem Kollegen Reghäuser ihr volles Vertrauen und gleichzeitig den Dank für die bisherige verdienstvolle Tätigkeit aus mit dem Wunsch, daß die Mitglieder der Redaktion noch lange dem Verband ihre Tätigkeit widmen mögen.“

**Wesel.** Die letzte Versammlung unsers Ortsvereins, welche sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte, beschäftigte sich mit der Stellungnahme zu den Angriffen des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ kontra Reghäuser und wurde nach einigem Für und Wider nachstehende Resolution des Vorstandes einstimmig angenommen: „Die am 14. November tagende Versammlung des Ortsvereins Wesel gibt ihrer Entrüstung Ausdruck über die infame Beschimpfung, mit welcher der „Vorwärts“ und die „L. V.“ in verleumderischer Weise verfahren: unsren Kollegen Reghäuser herabzuwürdigen; um so ihre unübernehmen Meinungsgegner gena Lisa zu besitzigen. Die Versammlung erklärt hierzu, daß Kollege Reghäuser, der bisher seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt hat, nicht verdient, in so schmutziger Weise beschimpft zu werden; betrachtet ihn nach wie vor als einen Ehrenmann und aufrichtigen Charakter, mit dessen Handlungen die Versammelten sich solidarisch erklären, weil er stets mit ehrlichen Mitteln gekämpft hat. Des weitern wünscht die Versammlung vom Kollegen Reghäuser, diese Blätter künftig zu ignorieren, da sie nicht mehr ernst genommen werden können, und erwartet, daß er auch fernerhin seine Stellung in der Arbeiterbewegung in bisheriger Weise ausfüllt zum Wohle der Organisation.“

**d. Zwickau i. S.** Die am 14. November abgehaltene Versammlung der hiesigen Mitglieberschaft nahm die allerters Stellung zu der Angelegenheit Fischer-Reghäuser. Nach zum Teil sehr erregter Debatte, in deren Verlauf die Verichterstattung des hiesigen „Sächsischen Volksblatt“ allgemein als sehr einseitig bezeichnet und verurteilt wurde, gelangte mit 41 gegen 30 Stimmen folgende Resolution zur Annahme: „Die am 14. November tagende Versammlung der Mitglieberschaft Zwickau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist nach Prüfung des Sachverhalts zu der Überzeugung gekommen, daß die Angriffe im „Vorwärts“ keinesfalls gegen den Buchdruckerverband gerichtet sind, sondern lediglich der Person Reghäuser gelten. Die Versammlung bedauert auch die hieran gesnüpften Polemik im „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“, welche dem gegenseitigen persönlichen Haß entsprungen ist und die weder dem Ansehen der Partei, noch dem des Verbandes der Deutschen Buchdrucker förderlich sein kann. Die Versammlung hält es aber eines Redakteurs für unbillig, unkontrollierbare Einsendungen zu persönlichen Angriffen zu benutzen und verlangt mit aller Entschiedenheit von der Verbandsleitung, Vorsorge zu treffen, daß derartige Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich sind. Ebenso protestieren wir aber auch gegen die schimpfliche Briefkastennotiz im „Vorwärts“ und gegen die pöbelhaften Ausdrücke der „L. V.“ gegen Reghäuser, deren sich eine Arbeiterpresse unter keinen Umständen bedienen darf.“

## Rundschau.

Gegen die Berliner Mitglieberschaft und gegen den Kollegen Massini ist uns aus den verschiedensten Gegenden des Deutschen Reichs eine ganze Reihe von Artikeln zugegangen, wozu über die Stellungnahme der Berliner Versammlung vom 12. November in oft schärfster Form

polemisiert wird. Wir glauben aber den Interessen unserer Organisation einen größten Dienst zu erweisen, wenn wir diese Artikel nicht zum Abdruck bringen, die gute Absicht der Einsender, dem Ganzen zu dienen, trotzdem gern anerkennend. Man überlasse es uns, wenn notwendig, das Nötige selbst zu sagen. Wie wir jetzt gegen den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ keinen von den zahlreich eingegangenen Artikeln aufgenommen haben, so soll es auch gehalten werden gegenüber den Berliner Kollegen, die uns trotz allem und alledem — und ungeachtet einer so objektiven Berichterstattung wie der in dieser Nummer, worin stellenweise der Schriftführer seine persönliche Auffassung mit einfließen ließ — doch näher stehen als jene beiden Blätter, welche in diesem Falle wiederum das Signal gaben zu einer Hege, die jedoch auch diesmal wahrlich nicht zu ihren Gunsten ausgegangen ist, ihr Ansehen in fast der gesamten Kollegenchaft vielmehr gänzlich untergraben hat.

Kollegenkreise, in denen für bedürftige Hinterbliebene der auf der Seite „Kabbob“ verunglückten Vergleute gesammelt wird, dürfte mit dem Hinweis gebüht sein, daß die dem Gau Rheinland-Westfalen gehörige Zeitung „Allgemeiner Beobachter“ in Essen (Ruhr) eine öffentliche Sammelliste aufgelegt hat. Bei Einbindung an diese Zeitung oder an den Geworbenen zu Essen (Ruhr) — Ewald Müller, Wilhelmstraße 8 — wird den Spendern die Gewißheit, daß die gesammelten Beträge in die rechten Hände gelangen. Wir bringen dies auf Wunsch zur allgemeinen Kenntnis unserer Mitglieder, aus deren Kreisen uns schon mehrfach Anfragen zugingen wegen eventueller Sammlungen. Eine Notwendigkeit dazu liegt für die Gewerkschaften erst dann vor, wenn die Generalkommission, in der ja auch unser Vorstand vertreten ist, eine solche anerkennt und in den Gewerkschaftsblättern dazu auffordert. Liegt das Bedürfnis zu einer Hilfsaktion seitens der Arbeiterchaft vor, wird der Vergarbeiterverband schon mit einem entsprechenden Ersuchen an die Generalkommission herantreten. Dann werden natürlich auch die Buchdrucker ihren Mann stellen. So nur war unsere Weilschids- und Sympathieübung in Nr. 133 für die Hinterbliebenen der bei der entsetzlichen Katastrophe ums Leben gekommenen Vergarbeiter — die „Vergarbeiterzeitung“ gibt 339 Tote, außerdem 35 Verletzte an — und für die Vergarbeiterchaft im allgemeinen aufzufassen. Will der einzelne seinem guten Herzen aber schneller folgen, so ist das eine rein private Sache und Betätigung, für die sich durch vorstehenden Hinweis eine passende Gelegenheit bietet. „Auf das Hienunzulässig, selbst und die am 20. November im preussischen Landtage darüber begonnene Interpellation kommen wir in nächster Nummer zu sprechen.

Die fachliche Fortbildungsschule für Buchdrucker-Lehrlinge zu München wurde in den in Nr. 132 gebrachten „Druckmaschinenbesprechungen“ in einer ihren hohen Leistungen entsprechenden Weise gewürdigt, nebenher fanden aber auch an dem Jahresbericht einige Ausstellungen statt. Wir müssen zu diesem kritischen Teile der Lobenden Ausführungen unserer fachtechnischen Mitarbeiter nun die einschränkende Bemerkung machen, daß der Jahresbericht der Münchner Fachschule nur teilweise von dieser selbst hergestellt wird und gerade der intrinierte Teil aus einer Druckerlei Münchens stammt.

Um den armen Gutenbergbund gerissen hat sich nach berühmten Vorbildern nun auch der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Baderborn in Bielefeld. Nach längerer Aussprache wurde eine Resolution angenommen, nach welcher Verbandsmitglieder fortan nicht mehr in die katholischen Arbeitervereine aufgenommen werden können. Der westfälische Verband soll eine einheitliche Stellungnahme zu den diesen Vereinen angehörenden Verbandsmitgliedern herbeiführen, auf gut Deutsch gesagt: sie hinauswerfen. Dann heißt es wörtlich (die Anfangsworte sind auch im Originalbericht gesperrt): „Mit großem Befremden nimmt der Delegiertentag davon Kenntnis, daß selbst noch, wenn auch vereinzelt, in Druckerleien katholischer Verleger eine unbegreifliche Rücksichtnahme auf den gedachten Verband genommen wird insofern, als man dessen terroristischen Aktivitäten gegenüber Mitgliedern des Gutenbergbundes nachgibt. Er spricht die Erwartung aus, daß man auch in diesen Kreisen in steigendem Maße die Bestrebungen jener Buchdruckergehilfen anerkennen wird, die aus wofolwogenen Gründen dem Verbands fern bleiben und im Gutenbergbund ihre Vertretung erblicken.“ „Terroristische Aktivitäten gegenüber Mitgliedern des Gutenbergbundes“ ist gut gesagt. Diese Deutschen verstehen es prächtig, aus einer Milde einen Spionagen zu machen, über eigene Kraftleistungen aber nicht zu stolpern. Was ist denn dieses ganze pharisäische Getöse anders als die Drohung an die Verleger und Drucker katholischer Blätter: Wenn ihr den Gutenbergbund nicht in jeder Weise bevorzugt, sind wir als Abkommen und Zeitungs herausgeber geschiedene Leute. Und diese terroristischen Aktivitäten werden entfaltet zugunsten des unter dem Hohngeächter der Hölle sich christlich nennenden Gutenbergbundes!

Wie die Fälle von „verbändlerischem Terrorismus“ gewaltsam konstruiert werden, lehrt eine im Inseratenteil der heutigen Nummer enthaltene Erklärung des „Typograph“-Redakteurs Hoffjäh zugunsten

unserer Kollegen Gutting in Rattowitz. Hoffjäh hat einer seiner schlesischen Trabanten hatte das Bedürfnis gehabt, die Welt wieder einmal vor dem vom Verband ausgeübten Terrorismus schaudern zu machen. Und nur ist er heifrig, mit einem Vergleich und der obligaten öffentlichen Abbitte davon zu kommen. So nimmt sich der verbändlerische Terrorismus und so sehen die Gutenbergbundchristen in Wirklichkeit aus. Eine prächtige Floskel zu dem in vorstehender Notiz vermeldeten Geschehen des Baderborner Delegiertentags katholischer Arbeitervereine über die „terroristischen Aktivitäten“ der Verbandsmitglieder!

Unverfroren bis dort naus erklärt der „Typograph“, daß auch im Falle Bieweg, „der Gutenbergbund sich wieder als tariffrei erwiesen“ hat. Da bleibt einem in der Tat erst ein Weichen der Bestand stehen, ehe man in stummer Unacht weiter vernehmen kann, wieso in diesem ganz erbärmlichen Stückchen von großen Worten und ausbleibenden Taten der Gutenbergbund sich den Lorbeer um seine Helmschirm wunden konnte. Man vernehme: Die bei Bieweg in Braunschweig konditionierenden Bündler versuchten nach der am 3. April erfolgten Streichung diese zum Fallenslassen des die Koalitionsfreiheit schmälernenden Reverses und zur Wiederanerkennung des Tarifs zu bewegen. Soweit wir unterrichtet, lehnte die Firma das brist ab. Der Gutenbergbund zog nun nicht etwa endlich die Konsequenzen, wie es sich für eine tariffreie sein wollende Organisation ja schon sofort gehört hätte, sondern der Hauptvorstand versuchte noch in flehentlichen Briefen, die Firma Bieweg umzustimmen. Wiederum vergeblich. Doch auch nun hatte man in der Bundesleitung noch kein Gefühl für die demütigende Rolle, die man gegenüber der den Herrenstandpunkt konsequent vertretenden Braunschweiger Großfirma spielte, man entsandte vielmehr den für moralische Stauher unempfindlichen Hoffjäh zu mündlichen Verhandlungen nach Braunschweig. Das vorausgehende Resultat war, daß der Herr „Typograph“-Redakteur wie ein begossener Mühlstein absog. Jetzt aber war man ganz kochende Volksseele im Bunde, und am 6. November — lediglich der Tarifauschussung wegen! — war man ganz tarifreuer Held, indem, d. h. nach sieben Monaten Beschäftigung in einer tariffreien Druckerei, sechs Bündler die Kündigung einreichten und drei (nicht zwei, wie der „Typ.“ schreibt) stehen blieben. Daß unter den drei sich gerade der Vorsitzende und Kassierer befanden, verschweigt natürlich das Bündlerorgan. In der öffentlichen Buchdruckerversammlung am 5. Januar d. J. leugnete der Führer der Braunschweiger Bündler das Bestehen eines solchen Reverses überhaupt. Als er dann der Unwahrheit dieser Behauptung überführt wurde, konnte Herr Hoffjäh nicht laut genug die Selbstverständlichkeit betonen, daß entweder dieser von ihm selbst als schändlich bezeichnete Revers fallen müsse, oder die Bündler würden die Konsequenzen ziehen. Das klang so entschuldigend, daß man fast annehmen konnte, die Biewegischen Bündler würden schon am 11. Januar ihre Kündigung einreichen. Jetzt schreibt Hoffjäh aber im „Typ.“: „Es muß nun jedem objektiven Beurteiler der Sachlage einleuchten, daß das sofortige Herausziehen der acht Gutenbergbündler aus der Firma dem Tarif und der Koalitionsfreiheit gar nichts genützt hätte.“ Doch die Dinge spielten sich noch viel blamabler für den Bund ab. In der Nummer vom 31. Januar des „Typ.“ erklärte S. zum sprachlosen Staunen aller, „daß in der Biewegischen Offizin solche Reverse schon lange nicht mehr existieren“, und kurze Zeit darauf trat der Bündlerische Vorsitzende von Braunschweig bei Bieweg in Kondition — und unterschrieb seelenruhig den schon lange nicht mehr existierenden, von Hoffjäh am 5. Januar in Grund und Boden verdonnerten Revers! Als wir diese einfach schändliche Handlungsweise im „Korr.“ dann gebührend brandmarkten, beging Hoffjäh in seiner schäumenden Wut die verhängnisvolle Dummheit, im „Typ.“ Andeutungen zu machen, als ob bei Bieweg Verbandsmitglieder verdedt ständen. (In der neuesten Nummer des Bundesampplers leistet Hoffjäh sich übrigens diese Frechheit noch einmal, nur etwas vorfrühtiger in der Form.) Daraufhin erklärte die Firma Bieweg ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft. Diesen für den Bund so schicksalsschweren Schritt hat also Hoffjäh auf dem Kerbholz! Und nun vergleiche man dazu das monatlanges Gebetelle und Gewinnlese des Bundes, die Firma Bieweg zur Zurücknahme dieser von ihm selbst heraufbeschworenen Maßnahme zu bewegen und als Krönung des Ganzen die von einer grenzenlosen Frechheit zeugenden jetzigen Worte des Hoffjäh: „Also auch hier hat der Gutenbergbund sich wieder als tariffrei erwiesen.“ Es gehört fürwahr eine eiserne Stin und eine Sorte von Christlichkeit dazu, die beispiellos schimpfliche Haltung des Bundes in dieser Angelegenheit leugnen zu wollen, die ohnegleichen dastehen.

Die Totgesagten leben lange, das sollte nachgerade auch der große Gutenbergbundstrategie Wilhelm Hoffjäh wissen, der in der neuesten Nummer des die Verdummungsmethode immer talentvoller werdenden „Typograph“ unsern Kollegen Meßhäuser einen sicherlich wirklich von Herzen kommenden Nekrolog widmete unter gleichzeitiger Ausschaltung des „Vorwärts“-Berichts über die Berliner Versammlung vom 12. November, mit der selbstverständlich auch die Geschäfte des Bundes glänzend besorgt wurden. Zum großen Leidwesen von Wilhelm Hoffjäh und seinen Gefinnungsverwandten schwarzer und roter Couleur können wir aber mitteilen, daß die Geworbenenkonferenz einen andren als den von ihnen so heiß gewünschten Ausgang für Meßhäuser genommen hat. Ich levet noch! Euer Reichsfürst, Nachbarin, für Herrn Hoffjäh!

D diese Buchdrucker! Es vergeht kein Tag, wo nicht eine Meldung einläuft, daß ein Jünger der schwarzen Kunst sich ihrer durchaus unwürdig erwiesen, indem er Auffassungen über die Art und Weise, wie man sich am besten durchs Leben schlägt, bekundete, die fernab vom Wege des Guten liegen. In der letzten Zeit haben sich derartige Fälle in unerfreulichster Weise gehäuft. Und schon wieder kommt eine solche Kunde, diesmal aber von einem wahren Geniestreife, der im letzten Augenblicke freilich bereitete wurde. Am Montag voriger Woche abends erging an die Dresdner Bank die telephonische Anfrage, ob die Hoffhaltung des Prinzen Johann Georg in Dresden im Laufe des Dienstagmorgens 75000 Mk. erhalten könne. Fröh 9 1/2 Uhr erhielt die Bank jedoch die telephonische Anweisung, die verlangte Summe in Gold direkt nach der prinzipialen Kasse zu schicken. Vorsichtigerweise wurden mehrere Beamte mit der Überbringung des Geldes beauftragt. In der Hoffhaltungskasse angekommen, mußte man dort nichts von einem solchen Auftrag. In demselben Augenblicke aber kam, scheinbar von der Bank, wieder auf telephonischem Wege die Weisung, den Betrag nicht an die Hoffhaltungskasse, sondern an einen höheren Beamten in einer bestimmter Straße auszugeben. Die Kassenbeamten fragten jedoch nun erst telephonisch bei dem betreffenden Beamten an, der aber auch von nichts wußte. Nun war es klar, daß die Sache Schwindel und es auf die Aneignung der großen Summe Geldes durch Gewalt oder List während des Transports abgesehen war. Der Dresdner Postbote gelang es bereits, den raffinierten Schwindler in der Person des 1873 in Lindau geborenen „Schriftstellers“, Georg Künzler zu ermitteln, der jedoch in Wirklichkeit Schriftsetzer ist. Am Nachmittag des Tags, wo morgens der große Schwindel mißglückte, machte K. gar noch auf einer Dresdner Redaktion als beschäftigungsloser Schriftsteller „schmal“, bekam eine Anweisung an den Schlagsmeister des Dresdner Pressevereins — und erhob darauf Unterstützung. Etwas Großzügiges liegt in diesem Schwindel, das muß man sagen.

Eine Petition gegen die Inkeratensteuer an den Reichstag beschloß der Verein deutscher Redakteure mit der Motivierung, daß die Anzeigensteuer für den Stand der Redakteure in materieller wie sittlicher Beziehung die größten Gefahren in sich schließt. Die Anzeigensteuer sei grundsätzlich verwerflich und technisch undurchführbar; sie bedrohe besonders kleine und mittlere Blätter und deren Redakteure in ihrer Existenz. Sie berge in sittlicher Beziehung die Gefahr, daß die Redakteure verleitet werden könnten, zur Umgehung der Anzeigensteuer Anzeigen und Reklamen in redaktionellen Teilen der Blätter aufzunehmen. Ein solches Vorgehen müsse zur Korruption der Presse führen und Ehre und Ansehen der heutigen Redakteure untergraben. Das sind starke, aber wahre Worte, denen sich nur die Weisheit vom grünen Tische verschließen kann.

Gegen die Inkeratensteuer nahm in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche eine Versammlung der Zeitungsverleger und Buchdruckerbesitzer von Leipzig-Land Stellung, gegen sie schärfstens protestierend und eine Resolution annehmend, worin das von dem Deutschen Buchdruckerverein in dieser Frage unternommene entscheidende Vorgehen sowie die von diesem vorbereitete Eingabe an den Reichstag gegen gedachte Sondersteuer begriffen werden.

Vertreterwahlen zu Ortskrankenkassen fanden letzthin wieder in verschiedenen Orten statt. In Remscheid erlangten die freien Gewerkschaften 862, die christlichen 108 Stimmen. — Ungünstig schnitten erstere in Walsby (Waben) ab, wo die Wahlbetätigung wohl ziemlich roge war, die christlich-nationale Liste jedoch 278 Stimmen vereinigte, die der freien Gewerkschaften aber nur 241. Es entsanden die christlichen also 20, die freien Organisationen 18 Vertreter, darunter vier Mitglieder unsehr Verbandes. Ein Bündler gab sich die erdenkliche, indes vergebliche Mühe, einen Buchdrucker auf die gegenrührige Liste zu bringen. — Direkt schlecht für die freien Gewerkschaften war das Wahlergebnis in Oberhausen, nämlich 882 Stimmen für die christlichen und nur 439 für die Organisationen unserer Richtung. — In Deutz wurden bei der Wahl zur Ortskrankenkasse I 346 Stimmen für die freien Gewerkschaften und 237 für die christlichen abgegeben. Die ersteren siegten also mit 109 Stimmen Mehrheit. — Bei der Wahl in Borna bei Leipzig ging die Liste des Gewerkschaftskartells durch. Die Liste des Kartells erhielt 256 Stimmen, während diejenige des Vaterländischen Arbeitervereins 233 Stimmen auf sich vereinigte. Die Wahlbeteiligung betrug nur 55 Proz. — Bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse für die Fabriken usw. in Mühlheim a. Rhein holten sich die christlichen Gewerkschaften eine tüchtige Schlappe. Von 61 zu wählenden Vertretern und Erbsverretern brachten die freien Gewerkschaften 58, die christlichen nur drei (1906: 31) Vertreter durch.

Im Reichstage wurde am 19. November die Finanzdebatte durch den Reichskanzler mit der Mahnung zur Sparsamkeit an jeder Staatsbürger eingeleitet. Ihm folgte der Reichsfeldminister Herr Seydow und begründete in vierstündiger Rede die Notwendigkeit von 475 Millionen Mark neuer Steuern. Charakteristisch für den Unterbau dieser Lasten ist auch diesmal bei dieser Begründung der Mangel eines Hinweises auf die Opferfreudigkeit der deutschen regierenden Familien und der reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen, dagegen tritt nun so schärfer die Betonung hervor, daß zur Bedeckung dieser Steuern nicht nur eine feste Hand, sondern auch

